Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 174.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 10. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Aus dem Reichstage.

Die nationalliberale B. A. C schreibt: Die erste Berathung des Reichshaushaltsetats wird im Reichstage am Sonnabend stattfinden. Ueber die Erhöhungen der eigenen Einnahmen des Reiches sind in dem vorgelegten Etatsgesetze Vorschläge nicht gemacht; es ist in demselben nur der Vermerk enthalten, daß eine solche Erhöhung in Erwägung gezogen werden solle. Soweit sich das Budget des Jahres 1877/78 übersehen läßt, wird dasselbe an sich keinen Anlaß zu Verhandlungen über Steuervorschläge geben. Es handelt sich höchstens darum, ob etwas mehr oder etwas weniger an Matrikularbeiträgen bewilligt werden wird, d. h. in wie weit durch Abstriche bei den Ausgaben und durch finanzielle Operationen die durch Matrikularbeiträge aufzubringende Summe eine Verminderung erfahren kann. Man nimmt an, daß es auf diese Weise etwa gelingen wird, die im Etat geforderte Ziffer der Matrikularbeiträge auf die Hälfte zu ermäßigen. Unabhängig hiervon bleibt die Frage, wie die in jeder Hinsicht wünschenswerthe Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches herbeigeführt werden kann. Es erscheint dringend geboten, die Verhandlung darüber von der Etatsverhandlung ganz getrennt zu halten. Die Erfahrung in früheren Fällen hat gezeigt, daß bei einer Verknüpfung von Steuerfragen mit der Etatsberathung das Schicksal der ersteren im Voraus entschieden ist. Der Vermerk im Etat wird natürlich zur Streifung der Steuerfrage bei der Etatberathung Anlaß geben; eine eingehende Verhandlung dieser Frage aber kann nur dann Nutzen versprechen, wenn sie unabhängig vom Etat stattfindet. Da erfahrungsmäßig aus der Mitte des Hauses hervorgehende Steuerprojekte keine Aussicht haben, die Zustimmung der Mehrheit zu finden, und bloße Anregungen von Steuer-Projekten andererseits nur den Werth von Apercus haben, so würde es sich empfehlen, daß der Reichstag der Regierung den Wunsch ausdrückt, daß sie bis zur nächsten Session in der Steuerfrage die Initiative ergreife, damit endlich einmal ein ernster Schritt zu einer umfassenden Finanzreform im Reiche geschehe, welcher eine realere Bedeutung als die Finanzprojekte besitzt, die von einzelnen Gruppen im Reichstage ausgehen, ohne daß ersichtlich ist, wie sich dieselben schließlich in ein wohlgeordnetes Finanzsystem würden einfügen lassen.

Auf wirthschaftlichem Gebiete ist die Initiative aus dem Schooße des Reichstages bereits erfolgt; in einem ziemlich beschränkten Maß von Seiten der deutsch-konservativen Fraktion, dafür aber in der ausgeprägten Form eines Gesetzentwurfes, in umfassenderer Weise, dafür aber in der leichteren Form einer bloßen Interpellation, von Seiten der deutschen Reichspartei. Jedenfalls wird die Interpellation den Vortritt haben müssen, da auf diese Weise am schnellsten von der Regierung Auskunft über die Stellung erlangt werden kann, welche sie selbst in dieser Sache einnimmt. Ehe zur Berathung des Gesetz-Entwurfs der deutsch-konservativen Fraktion geschritten werden kann, wird ferner auch der Bericht der Enquete über die Arbeiterverhältnisse gründlich zu studiren sein, welcher dem Reichstage leider erst 14 Tage nach seiner Eröffnung zugegangen ist, während anscheinend kein Grund vorlag, weswegen die Abgeordneten nicht sofort nach Eröffnung des Reichstages in den Besitz dieses wichtigen Materials hätten gesetzt werden können. Die Oekonomie der Geschäfte und der Anstand erfordern es, daß der Eintritt in die Berathung eines Gesetzentwurfs, der, aus der Initiative von Mitgliedern des Hauses hervorgegangen eine Materie behandelt, über welche dem Reichstage von Seiten der Regierung ein umfassendes thatsächliches Material durch einen Enqueteberícht zur Verfügung gestellt wird, nicht eher erfolgt, als bis dieses Material durchgearbeitet worden ist. Eine erfreuliche Thatsache tritt schon jetzt hervor, daß die Anläufe zu einer Besserung unserer wirthschaftlichen Zustände keineswegs in einen allgemeinen Angriff auf die Gewerbeordnung, in das Verlangen nach einer Total-Revision derselben ausarten werden. Eine solche Alles und Jedes in Frage stellende Taktik wird immer zur Folge haben müssen, daß nichts geschieht, daß große Worte gemacht werden, die schließlich Worte bleiben. Es nimmt vielmehr die Verbesserung der Gewerbeordnung zunächst nur einen besonderen Punkt in Angriff. Der Lehrlingsvertrag wird zum Gegenstande einer positiven Aufgabe der Gesetzgebung gemacht. Es ist anzunehmen, daß die darüber im Reichstage zu pflegenden Berathungen nicht fruchtlos verlaufen werden. Die Aufgabe wird sein, das Verhältniß zwischen Lehrherrn und Lehrling auf Grund freier Vereinbarungen im Vertragswege so zu befestigen, daß dadurch der Zweck der Lehre: die Heranbildung tüchtiger Gewerbetreibenden, welche nach dem Vorbilde ihres Lehrherrn in der Herstellung meisterhafter Arbeit die Ehre des Handwerks setzen, erreicht wird.

Unser berliner △-Korrespondent hat wiederholt geltend gemacht, daß es sich bei der Frage über den Sitz des Reichsgerichts durchaus nicht um eine Niederlage Preußens handeln könne. Wie eine Korrespondenz der „Hamb. Nachr.“ meldet, erklärte Fürst Bismarck schon vor der Abstimmung im Bundesrath Jedem, der es hören wollte, daß er sich als deutscher Reichskanzler in der Frage des Sitzes des Reichsgerichts neutral halte und keinerlei Druck auf die kleinen Regierungen ausüben werde. Es war ihm bekannt, daß die Souveräne der Mittelstaaten sich brieflich verabredet hatten und daß auch die thüringischen Fürsten, sowie die von Mecklenburg und Oldenburg in die Verabredung hineingezogen waren. Gleichwohl hat er es verschmäht, irgend einen Schritt zur Vereitelung dieser Wünsche zu thun, und die Vorschläge, die in dieser Beziehung an ihn herantraten, abgelehnt. Es ist also auch hiernach thöricht, von einer Niederlage bei einer Angelegenheit zu sprechen, bei der der Kanzler es nicht der Mühe werth hielt, einen Kampf überhaupt aufzunehmen.

Die „Berl. Aut Korrespondenz“ stellt in Aussicht, daß die preußische Regierung im Reichstage für Berlin eintreten wird: es würde dann Fürst Bismarck als preußischer Ministerpräsident gegen den Reichskanzler oder wie es offiziös heißt gegen den Vertreter des Reichspräsidiums kämpfen. Das Organ der nationalliberalen Partei schreibt nämlich:

Nach der bisherigen Praxis giebt es eine doppelte Initiative, indem Vorschläge entweder auf Anregung einer einzelnen Landesregierung oder unter der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Reichskanzlers an den Bundesrath gelangen. Welchen Ursprung der Vorschlag auch gehabt haben mag, darüber sei bis jetzt ein Zweifel noch nicht entstanden, daß diejenige Regierung, welche einen Antrag an den Bundesrath veranlaßt hat, denselben aus eigener Initiative wieder zurückzuziehen befugt ist. Da dies im betreffenden Falle nicht geschehen ist, so ist anzunehmen, daß der Beschluß des Bundesraths derjenigen Regierung, welche die Initiative ergriffen hatte, zu einem solchen Verfahren keinen Anlaß geboten hat, und so ist es denn nicht ausgeschlossen, daß die beiden entgegenstehenden Ansichten aus der Mitte des Bundesraths vor dem Reichstage ihre volle Vertretung finden können und vermuthlich auch finden werden. So viel ist jedenfalls sicher, daß von allen Seiten eine Verzögerung der Entscheidung für unthunlich gehalten wird. In der That macht es die rechtzeitige Ausführung der Justizgesetze unbedingt nothwendig, daß ohne Säumen der Sitz des höchsten Gerichtshofes festgestellt werde. Der Beschluß des Bundesraths hat in vielen Kreisen entschiedenen Widerspruch erfahren. Diese Stimmung ist leicht erklärlich, wenn man daran denkt, daß nicht allein sachliche Gründe, sondern mehr noch die bei uns gewohnten Anschauungen für Berlin sprechen; indessen völlig überraschend konnte die Entscheidung der Mehrheit des Bundesraths für Leipzig nicht kommen, da schon in früheren Verhandlungen aus den verschiedensten und nicht etwa blos aus oppositionellen Kreisen Leipzig als Sitz des höchsten Reichsgerichts lebhaft befürwortet worden war. Es ist zu erwarten, daß bis zur Verhandlung im Reichstage die entgegengesetzten Ansichten bis zu dem Maße sich geklärt haben werden, daß die politischen wie sachlichen Gründe einer ruhigen Erwägung unterworfen werden. In allen Fragen der Gerichtsorganisation muß stets die Natur und der letzte Zweck der Rechtspflege den Ausschlag geben. Die Bestimmungen über den höchsten Gerichtshof entziehen sich dieser Anforderung nicht; es wäre deshalb gerade hier doppelt zu bedauern, wenn auf der einen oder anderen Seite die sachlichen Erwägungen getrübt würden durch politische Gegensätze, welche ohne inneren Zwang den Sitz des höchsten Gerichtshofes zum Stichwort für Zentralismus und Föderalismus machen.

Die nationalliberale Korresponderz verschweigt, für welche Stadt sich die Nationalliberalen entscheiden werden. Die vorsichtige Zurückhaltung in den obigen Aeußerungen läßt vermuthen, daß innerhalb der nationalliberalen Parteien Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt herrschen. Jedenfalls ist noch nicht zu übersehen, ob die Majorität des Reichstages dem Beschlusse des Bundesraths beitreten wird.

Deutschland.

Berlin, den 9. März.

— Das Unterrichtsgesetz ist der „Voss. Ztg“ zufolge in 625 Paragraphen so eben im Entwurfe vollendet worden, aber die Motive sind bis jetzt nur flüchtig skizzirt, und der Unterrichts-Minister Falk will die Motivirung sorgfältig in doppelter Lesung feststellen. Erst dann kann der Entwurf an die anderen Ministerien zur Prüfung übergeben werden, und diese haben dabei ein gewichtiges Wort zu sprechen; denn dem Finanzminister z. B. wird durch das neue Unterrichtsgesetz eine Mehrausgabe von 12 Millionen Mark angesonnen.

— Nach der amtlichen General-Uebersicht der Ergebnisse der von den königlichen wissenschaftlichen Prüfungskommissionen im Jahre 1875 abgehaltenen Prüfungen für das Lehramt an höheren Schulen betrug die Zahl sämmtlicher abgehaltenen Prüfungen 643, gegen 657 in 1874. Davon haben das Examen pro facultate docendi 399, haben Nachprüfungen bestanden 226; von den Geprüften haben die Vorprüfung nicht bestanden 17, die Nachprüfung 1. — Aus der Zahl der in der Hauptprüfung pro facultate docendi bestandenen Schulamts-Kandidaten waren in 1875: 319 evangelischer, 72 katholischer, 8 jüdischer Religion; 239 hatten sich dem historisch-philologischen, 65 dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Fach gewidmet, 42 Kandidaten bestanden für Religion und Hebräisch, 53 im Fach der neueren Sprachen. — Von den in 1875 bestandenen Kandidaten waren 364 Inländer, 32 gehörten anderen Staaten des deutschen Reiches und 3 außerdeutschen Staaten an.

— Ueber die Stellung der preußischen Regierung zur Frage wegen Schutzes der in den Fabriken beschäftigten Minderjährigen giebt eine Denkschrift derselben an den Bundesrath näheren Aufschluß. Nach der darin ausgesprochenen Ansicht der preußischen Regierung kann die Bestimmung des § 128 der Gewerbeordnung, wonach Kinder zwischen 12 und 14 Jahren in Fabriken nur 6 Stunden beschäftigt werden dürfen, in ihrer Ausführung nur dann wirksam kontrolirt werden, wenn der Zeitraum, innerhalb dessen der Anfang und Endpunkt der täglichen Arbeitszeit liegen muß, enger begrenzt wird, als es im § 129 der Gewerbeordnung geschehen ist, und zwar durch einen dahin gehenden Zusatz zum § 129, daß dieselben Kinder nur vor oder nach der Mittagspause beschäftigt werden dürfen. Sie glaubt, daß hierdurch zugleich der im § 128 für Kinder unter 14 Jahren vorgeschriebene Besuch eines mindestens dreistündigen Schulunterrichts mehr als bisher gefördert werden würde, weil dann entweder der ganze Vormittag, oder der ganze Nachmittag für den Schulunterricht frei bliebe. Zur Durchführung des erwähnten Zusatzes hält sie eine Bestimmung gegen diejenigen Arbeitgeber, welche dulden, daß jugendliche Arbeiter während der Pausen in den Fabrikräumen arbeiten, sowie eine Verpflichtung der Arbeitgeber, die für ihre Fabriken bestimmten Anfangs- und Endtermine der Arbeitszeit und der Pausen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen, für nothwendig. Die fernere Frage, ob auch im Interesse solcher, welche das 16. Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, besondere Maßnahmen zu ergreifen wären, um sie gegen Ueberbürdung mit Fabrikarbeit sicher zu stellen, läßt die Denkschrift unentschieden. Bekanntlich erstrecken sich die Bestimmungen, welche die Gewerbeordnung zum Schutze jugendlicher Arbeiter getroffen hat, auf die letzteren nur insofern, als dieselben das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

— Nach sechstägiger Pause nahm der Reichstag heute wieder seine Arbeiten auf; der Schwerpunkt derselben wird aber erst in die künftige Woche fallen, in welcher die Etatsberathungen einen voraussichtlich ununterbrochenen Fortgang nehmen werden. Für heute lag in der ersten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs und die Befugnisse des Rechnungshofes, hinreichende Veranlassung zu einer ernsten Debatte, denn es handelt sich dabei um die Feststellung der wichtigsten konstitutionellen Rechte, um eine durchsichtige Kontrole darüber, ob der von der Landesvertretung festgestellte Etat in allen seinen Theilen richtig und aufrichtig durchgeführt ist, es handelt sich darum, genau die Linien zu bezeichnen, innerhalb deren der Staatsregierung ein gewisser freier Spielraum zu belassen, über welche hinaus aber unter allen Umständen mindestens ein Indemnitätsgesuch der Regierung gestellt werden muß. Ein solcher Gesetzentwurf lag dem Reichstage bereits im Jahre 1874 vor, kam aber nicht über eine Kommissionsberathung hinaus, durch welche derselbe scharfe Bemängelungen erfuhr, weil der Spielraum, welchen die Regierung sich darin vorbehielt, als ein zu weit gehender erachtet wurde. Die gegenwärtige Vorlage hat den größten Theil der Notaten in Berücksichtigung gezogen, ist jedoch nach den Ausführungen des Abg. Benda in heutiger Sitzung leider in der Hauptfrage auf ihrem früheren Standpunkte stehen geblieben. Demnach sprach Herr von Benda seine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des Zustandekommens eines Gesetzes in dieser Session aus. Die Abgg. v. Kardorff (deutsche Reichspartei) und Dr. Lasker äußerten sich in demselben Sinne; alle Redner einschließlich des Abg. Richter (Hagen), der die Sache freilich in weniger rosigem Lichte betrachtet, erklärten sich gegen die Verweisung des Entwurfes an eine Kommission und der Reichstag beschloß demgemäß die zweite Berathung im Plenum. Da sich heute die erste Berathung vorwiegend um die formelle Behandlung drehte, so streifte sie kaum die Oberfläche des Inhalts und wird die eigentliche materielle Berathung erst bei der zweiten Lesung zu ihrem vollen Rechte gelangen können.

— Dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck ist von der nothleidenden Bevölkerung der Außenbezirke Berlins eine sehr zahlreich unterstützte Petition zugegangen mit der Bitte: die seinem Ermessen als geboten erscheinenden Anordnungen zur Abhilfe des Nothstandes sobald als möglich treffen zu wollen. In der Petition heißt es u. A.: Vergeblich hat das Volk bisher gehofft, daß die Verhältnisse sich in sich und durch sich selbst bessern werden. Die Erfahrung dürfte zweifellos ergeben haben, daß dies nicht möglich, daß auf keinem anderen Wege als auf dem der Staatshilfe Besserung zu erwarten ist.

— Von Seiten des Rechtsanwalts Dr. Quenstedt wird im „Tgbl.“ mitgetheilt, daß Dr. Rud. Meyer nur eine auf die Dauer von drei Wochen bemessene Reise nach Italien angetreten habe, um mit einem dortigen Verleger wegen der Uebersetzung seines sozial-politischen Werkes einen Vertrag abzuschließen. Es soll dies, derselben Quelle zufolge, auch bereits dem Gerichte angezeigt worden sein.

⚮ **Berlin**, 7. März. [Viehhandel und Viehschmuggel.] Bei dem in der Neuzeit sich stets wiederholenden Auftreten der Rinderpest an unseren Landesgrenzen gegen Rußland und Oesterreich wird es nicht uninteressant sein, einen Blick auf den Viehhandel und den Viehschmuggel jener Länder nach dem Gebiete des Zollvereins zu werfen. Wir benutzen hierzu die Vierteljahrshefte des kaiserlich statistischen Amtes zu Berlin. Was den Handel mit Vieh betrifft, so sind nun im Jahre 1875 über die Grenzstrecke gegen Rußland zollfrei eingebracht worden: 19 232 Pferde, 51 Ochsen, 2 Kühe, 53,332 Schafe; ferner gegen Erlegung des Eingangszolles 522,516 Schweine u. 45,602 Spanferkel. Ueber die Grenze gegen Oesterreich gingen ein zollfrei 14,867 Pferde, 59,516 Ochsen, 29,341 Kühe, 28,615 Kälber, 237,266 Schafe und 1914 St. Ziegen; dagegen zollpflichtig 283,743 Schweine und 24,133 Spanferkel. Der letztere Verkehr hat lediglich nach und und durch die Provinz Schlesien stattgefunden, während sich der Verkehr mit Rußland auf die Provinzen Posen, Preußen und Schlesien vertheilt. Während der Zeiten der theilweisen Grenzsperren sind als Kontrebande mit Beschlag belegt worden: im Jahre 1873 in der Provinz Posen 19 Schweine; in der Provinz Preußen 23 St. Rindvieh und in der Provinz Schlesien 84 St. Rindvieh und 181 Schafe; im Jahre 1874 in der Provinz Posen 24 Stück Rindvieh und in der Provinz Schlesien 158 St. Rindvieh und 157 Schafe; im Jahre 1875 endlich in der Provinz Posen 19 St. Rindvieh und 2 Schafe, in der Provinz Preußen 4 Pferde und in der Provinz Schlesien 147 Stück Rindvieh, 1 Pferd und 194 Schafe. Die Einfuhr von Schweinen ist in den genannten drei Jahren zu keiner Zeit untersagt gewesen. Der Schmuggelverkehr gewährt der Einschleppung von Viehseuchen den meisten Vorschub; hier hört jede Gesundheits-Kontrole auf und wenn erfahrungsmäßig angenommen werden darf, daß kaum der 50te Theil desjenigen Viehs was zumeist in der Nacht auf dem Wege des Kontrebandirens über die Grenze gebracht wird, in die Hände des Grenzaufsichts-Personals fällt, so ergeben sich Summen von vielen tausenden Stücken Vieh die den Krankheitsstoff nach allen Richtungen Deutschlands hin zu verschleppen vermögen. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an die Nützlichkeit der sogenannten Viehkontrole, welche im Grenzbezirk dadurch ausgeübt werden kann, daß in sämmtlichen Ortschaften desselben jeder Viehbesitzer verbunden ist, über Bestand, Zu- und Abgang seines Viehes Buch zu führen. Bei Einführung dieser Kontrole wird der Bestand an Vieh bei jedem einzelnen Besitzer durch Grenz-Aufsichtsbeamte festgestellt und muß besonders den Zugang durch amtliche Papiere, Zollquittungen, Legitimationsscheine oder ortsrichterliche Atteste belegt werden. Jedes ohne Legitimation vor-

gefundene Stück Vieh ist Gegenstand der Beschlagnahme und der zollamtlichen prozessualischen Untersuchung, und nur auf diese Weise läßt sich, bei häufigen Revisionen der Viehbestände ermöglichen, dem, grade während der Grenzsperren am stärksten betriebenen Schmuggelverkehr Schranken zu setzen, wenn es auch niemals gelingen wird, denselben gänzlich zu unterdrücken.

Pr.-Holland, 6. März. Der „Kreuzztg." wird geschrieben: Nachdem durch die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser des Landtags die Trennung der bisherigen Provinz Preußen in zwei Provinzen beschlossen worden ist und durch die zu erwartende königliche Genehmigung binnen Kurzem eine Thatsache sein wird, ist eine lebhafte Bewegung in den drei ostpreußischen, an Westpreußen grenzenden Kreisen Osterode, Mohrungen und Pr.-Holland zu Gunsten des Anschlusses an den westpreußischen Provinzialverband an vielen Orten bemerklich. Der Kreistag in Osterode hat schon vor Wochen in diesem Sinne einen Beschluß gefaßt, der die Veranlassung zu einer Petition an Herren- und Abgeordnetenhaus wurde. Der Kreistag in Pr.-Holland wird der Tagesordnung gemäß am 19. d. M. sich über denselben Gegenstand auszusprechen und schlüssig zu machen haben. Es ist nicht zu läugnen, daß hier viele gewohnheitsmäßige Sympathien für die bisherige Zusammengehörigkeit mit Ostpreußen vorhanden sind; daneben machen sich aber auch Stimmen geltend, welche darauf hinweisen, daß die Verbindung mit einer kleineren Verwaltungseinheit, Westpreußen im Vergleich zu Ostpreußen, manche Vortheile in Aussicht stellt, daß die alten Verbindungen der Stadt Elbing, die Westpreußen zugefallen ist, mit ihrem ostpreußischen Hinterlande, welches die drei in Rede stehenden Kreise bilden, auch eine fortdauernde provinzielle Gemeinsamkeit dringend wünschenswerth machen, und daß vor allem die Zugehörigkeit zum Westen, statt der zum Osten, sozial, wirthschaftlich und finanziell entschieden den Vorzug verdient. Die ganze Frage ist eine durchaus praktische, die nur von praktischen Gesichtspunkten aus zu beantworten ist; das Votum des Kreistages Pr.-Holland dürfte sich deshalb auch, wie schon in Osterode geschehen, dem Anschluß an Westpreußen zuneigen.

Oppeln, 6. März. Mit Rücksicht auf die Typhus-Epidemie in Oberschlesien hat die kgl. Regierung zu Oppeln nachstehende Verfügung an sämmtliche Landräthe des Departements erlassen:

Indem wir Euer ꝛc. mittheilen, daß die Zahl der von Mitte November v. J. ab amtlich angemeldeten Typhuserkrankungen im Bezirk, welche fast ausschließlich den Kreisen Beuthen, Kattowitz und Pleß angehören, bereits die Ziffer 1555 erreicht hat, und daß darunter die Zahl der Todesfälle 151 beträgt, machen wir darauf aufmerksam, daß die Gefährlichkeit der unter obigen Typhusfällen konstatirten Form des Flecktyphus nicht sowohl in seiner hohen Mortalität, als vielmehr in seiner großen Ansteckungsfähigkeit und in der Langwierigkeit der Rekonvaleszenz besteht, so daß der günstige Verlauf der Krankheit durchschnittlich eine 4wöchentliche Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat. — Wir nehmen bei der anscheinend in Zunahme begriffenen Verbreitung der Epidemie auf's Neue Veranlassung, Euer ꝛc. aufzufordern, nicht nur den Ortspolizeibehörden die fortdauernd regste Aufmerksamkeit auf das Auftreten der Krankheit und auf die sorgfältigste Durchführung der gegen die Weiterverbreitung bestehenden Vorschriften und diesseits angeordneten Maßregeln wiederholt anzuempfehlen, sondern auch Ihr angelegentlichstes Bemühen darauf zu richten, daß, da Unzulänglichkeit des Verdienstes und hierdurch Entbehrung der nothwendigsten Nahrungsmittel notorisch zur Entstehung der Krankheit mitwirkt, dieser Ursache der Epidemie möglichst entgegengetreten wird. — Die Besorgniß einer Weiterverbreitung der Krankheit wegen unzureichender Verdienstquellen der arbeitenden Klasse liegt um so näher, als leider eine Besserung in den schon längere Zeit anhaltenden gewerblichen und kommerziellen Stockungen des oberschlesischen Montan- und Industriebezirks nicht eingetreten ist und selbstredend die Wirkungen der Arbeitsbeschränkungen im Montan- und Industriedistrikt sich auf die weiteren Kreise erstrecken, deren Arbeitskräfte bisher im Berg-, Hütten- und Industriebezirk lohnenden Verdienst fanden. — In dieser ernsten Lage haben wir es als einen besonders günstigen Umstand zu betrachten, daß der Provinzialausschuß uns in reichlichem Maße die Mittel gewährt hat, um 57,9 Kilometer = 7,7 Meilen Provinzial-Chausseen in den Kreisen Pleß, Rybnik, Ratibor, Neustadt und Oppeln zu bauen. Wir haben die erforderlichen Vorbereitungen getroffen, daß die Erdarbeiten in kürzester Frist in Angriff genommen werden können. Nach den Anmeldungen von Provinzial-Neubau-Prämien für Kreis-Chausseen pro 1877 steht der Neubau bezw. die Vollendung von 138,2 Kilom. = 18,3 Meilen Kreischausseen in diesem Jahre in 8 Kreisen des Bezirks, zu denen gerade die Montan-Industriekreise gehören, in Aussicht. — Wir haben erfreulicherweise zu konstatiren, daß in 2 Kreisen in richtiger Würdigung des Ernstes der Situation unter Zurücksetzung anderer Rücksichten behufs Eröffnung größerer Arbeitsstätten zur Beschäftigung brachliegender Arbeitskräfte die Erdarbeiten bei Kreischausseen baldigst begonnen werden sollen. Wir sprechen hierdurch die Erwartung aus, daß in allen Kreisen des Bezirks in den größere Erdarbeiten bei Kreischausseebauten für dieses Jahr ohnehin beabsichtigt sind, mit deren Eröffnung ohne Verzug vorgegangen wird, sofern in den betreffenden Kreisen das Bedürfniß zur Beschäftigung der Arbeiterbevölkerung sich als ein dringliches erweist, und daß Bedenken, welche unter anderen Verhältnissen nicht ohne Grund für die Bauaufschiebung geltend gemacht werden könnten, der Nothwendigkeit gegenüber zurücktreten, einer arbeitsuchenden Bevölkerung die durch die Kreisvertretung ermöglichte Arbeitsgelegenheit in solchen Zeiten ohne Verzug zu gewähren, in denen auf anderen Erwerbsgebieten Arbeitseinschränkungen unvermeidlich sind. — Wir dürfen ferner erwarten, daß die Chausseebaukommissionen geeignete Maßnahmen treffen werden, wonach ein starkes Angebot von Arbeitskräften nicht etwa zum Nachtheil der Arbeitnehmer von gewinnsüchtigen Unternehmern ausgebeutet wird, daß vielmehr die Lohnsätze so regulirt werden, daß der Arbeiter sein Auskommen findet. Wir wollen endlich mit Rücksicht auf gegenwärtige Verhältnisse die Herren Landräthe auf die Bestimmungen der Verordnung vom 21. Dezember 1846 (G.-S. pro 1847 S. 21), bezüglich der Bildung von Krankenkassen und bezüglich der strengen Beaufsichtigung der sogenannten fliegenden Speise- und Schankwirthschaften aufmerksam machen, und empfehlen in letzterer Beziehung, daß Speisewirthschaft- und Schankkonzeissionen von den Herrn Landräthen nur an solche Personen gegeben werden, die sich den Bestimmungen der Chausseebaukommissionen über Preis und Beschaffenheit ihrer Waaren unbedingt unterwerfen (cfr. Min.-Reskr. v. 20. April 1845, Min.-Bl. S. 104, v. 15. August 1845, Min.-Bl. S. 275, v. 7. Mai 1847, Min.-Bl. S. 109). — Wir setzen schließlich als selbstverständlich voraus, daß die Ortspolizeibehörden der Ueberfüllung der Wohnungen zum Unterkommen und zu den Schlafstätten der auswärtigen Arbeiter mit Rücksicht auf die derzeitigen Salubritätsverhältnisse engegentreten werden."

Altona, 6. März. Die „Alt. Nachrichten" veröffentlichen folgendes Schreiben des in den Reichstag gewählten Prof. Karsten an den Vorsitzenden des altonaer Wahlkomite's:

„Kiel, 2. März 1877. Geehrtester Herr! Es wird mir kaum möglich sein, passende Worte an Sie über den gestrigen Wahlkampf zu richten, und doch drängt es mich, Ihnen und den tausenden wackern Männern ein Dankwort für die beispiellose Thatkraft, die sie bewiesen haben, zuzurufen. Beschämend würde es sein, zu denken, daß einer Person zu Liebe alle Anstrengungen gemacht wären. Glücklicherweise ist es nicht so, sondern gerade darin ist das Ausgezeichnete und Bewundernswerthe dieses Kampfes zu suchen, daß die volle Erkenntniß, es handle sich um den Austrag eines hohen sittlichen Prinzips, der Art in die Bevölkerung gedrungen ist, daß seltene Einmüthigkeit Alle verband, welche Vaterland und vaterländische Sitte hoch halten. Würden von mir Leistungen erwartet, die dieser gewaltigen Kundgebung eines edlen Volkswillens entsprechen müßten, so wäre meine Kraft viel zu schwach. Die Wähler werden mit meiner Versicherung vorlieb nehmen müssen, daß ich nach Kräften bestrebt sein werde, meiner Pflicht zu genügen, namentlich in dem Sinne, der uns hier vereint hat: zur Beseitigung des Parteihaders gegenüber reichsfeindlichen Parteien. Lassen Sie mich zum Schlusse die Hoffnung aussprechen, daß ein solcher Kampf gegen die Sozialisten, wie er jetzt ausgefochten wurde, hier nicht wieder nöthig sein wird, und zwar deshalb, weil das Bewußtsein nunmehr klar darüber geworden ist, daß durch Belehrung in unermüdlicher Betheiligung bei öffentlichen Versammlungen es gelingen wird, die große Mehrzahl Derer, die jetzt ohne klare Vorstellung den sozialdemagogischen Führern folgen, zu besseren Ansichten zu bekehren. Daß in dieser Beziehung Vieles von uns Allen versäumt worden, muß zugestanden werden, und diese Lehre wollen wir aus der letzten Wahlagitation entnehmen. Ihnen, den Mitgliedern des Komites, meinen wärmsten Dank, nicht minder aber der charakterfesten, ausdauernden Wählerschaft. Sie Alle können sich sagen, daß Ihr Verhalten bei dieser Wahl ein leuchtendes Vorbild politischer Einsicht und sittlicher Kraft bleiben wird. Ihr ergebenster G. Karsten."

Straßburg i. E., 6. März. Der „Allg. Militär-Ztg." wird geschrieben: Für das Fort Werder hat der General der Infanterie v. Werder sein Bildniß zum Geschenk gemacht. Wie wir erfahren, sind nunmehr sämmtliche jetzigen linksrheinischen Forts mit Ausnahme des Forts Großherzog von Baden bei Oberhausbergen, mit den Bildnissen ihrer Namens-Inhaber beschenkt worden; es ist durch den Gouverneur Bestimmung dahin getroffen worden, daß diese Bilder im Frieden im Zimmer des Offiziers vom Wach-Kommando, bei eintretender Kriegs-Ausrüstung der Festung aber im Zimmer des Forts-Kommandanten ihren Platz finden sollen. — Zur Optantenfrage meldet das „Elf. Journal":

Wenige Tage nach der Abreise unserer Deputirten nach Berlin schrieben wir, mehrere Vertreter des Unter-Elsasses hätten Schritte zur Milderung der Lage der Optanten in ihr Aktionsprogramm aufgenommen. Fragliche Schritte haben schon begonnen: Die Herren Bergmann, Schneegans, North, Nessel und Rack verlangten und erhielten eine Audienz beim Fürsten Bismarck, in der sie die Klagen unserer Bevölkerungen vorbrachten. Der Reichskanzler hörte den Abgeordneten mit großer Aufmerksamkeit zu, verpflichtete sich aber hinsichtlich der speziellen Punkte zu nichts und versprach nur, sich mit dem Unterstaatssekretär Herzog, dem Vorsteher des Reichsamtes für Elsaß-Lothringen, ins Einvernehmen zu setzen, um in gewissem Maße die geäußerten Wünsche zu befriedigen. Als die fünf Abgeordneten den Fürsten verließen, verfaßten sie eine Darlegung des Sachverhalts in Betreff der Optanten und übermittelten sie Hrn. Herzog. Zugleich thaten sie Schritte bei einflußreichen Mitgliedern des Reichstages, um sie mit dem Stand der ernsten Frage bekannt zu machen und sie für dieselbe zu interessiren. Unter diesen Umständen halten wir dafür, die Lokalbehörde von Elsaß-Lothringen könnte wohl heute schon ohne Ueberschreitung ihrer Vollmacht einige Milderung in der Lage von Hunderten von Personen eintreten lassen, welche in der letzten Zeit von Ausweisungsbefehlen betroffen wurden oder nächstens davon betroffen werden sollen: Möchte ihnen die Behörde eine so lange Frist gewähren, als in ihrer Gewalt steht, und ihnen provisorisch die Erlaubniß zum Verweilen in ihrem Geburtslande auf so lange ertheilen, bis es — wie wir hoffen — unseren Abgeordneten gelingt, die provisorische in eine gesetzliche und definitive Ermächtigung umzuwandeln.

Italien.

Die „Germania" schreibt: Der h. Vater hat neuerdings ein Dekret erlassen, welches bestimmt, daß in das Glaubensbekenntniß, welches Erzbischöfe, Bischöfe, Domherren, Benefiziaten, Ordensobere, Doktoren und Professoren der Theologie u. s. w. beim Antritte ihres Amtes künftig abzulegen haben werden, ein Zusatz aufgenommen werde. Die bisherige Formel war bekanntlich seit Paul IV. in Gebrauch: der Zusatz, welchen Se. Heiligkeit anbefohlen hat, bezieht sich auf die beiden dogmatischen Konstitutionen des vatikanischen Konzils, betreffend den „katholischen Glauben" und die „Kirche"; in letzterer Konstitution ist bekanntlich die Lehre von der Unfehlbarkeit des Oberhauptes der Kirche enthalten.

Frankreich.

Paris, 7. März. Die legitimistischen Blätter veröffentlichen den Wortlaut des in Görz bei Empfang einer Deputation des marseiller Handelsstandes in die Form einer Rede gekleideten Manifestes des Grafen Chambord. Dasselbe lautet:

„Ich danke Ihnen, daß Sie begriffen haben, daß Sie bei mir stets Hilfe und Rath inmitten der jetzigen Schwierigkeiten finden werden. Sie sprechen von Besorgnissen, die Frankreichs Aufschwung und öffentliches Wohlergehen lähmen; mit dem Freimuth, für den ich Ihnen Dank weiß, haben Sie mir keineswegs die beständigen Verleumdungen verhehlt, die nicht minder die Wahrheit, wie meine Ehre verletzen. Ich wußte es bereits: man wagt zu verbreiten, daß ich, um in bequemer Ruhe zu leben, Frankreich in Gefahr ließ und jeder Hoffnung seiner Rettung entsagte. Durch diese abscheuliche Lüge, gegen welche ich Protest erhebe, unterhalten die Feinde des rettenden Grundsatzes der erblichen Monarchie Zweifel in den Gemüthern, Unruhe und Entmuthigung in den Herzen. Entmuthigung, das ist die große Gefahr, auf welche ich aufmerksam mache und die es zu bekämpfen gilt. Die Revolution spielt ihre Rolle, wenn sie die Leichtgläubigkeit des Volkes mißbraucht, aber ich bleibe unerschütterlich in meinem Recht und vollständig entschlossen, meine Pflicht zu thun, wenn die meiner unmittelbaren und persönlichen Thätigkeit günstige Stunde kommen wird. Ich bitte meine Freunde wie alle Männer von gutem Willen, dieselbe vorzubereiten und Vertrauen zu haben. Mit Ihrer Mitwirkung werde ich, wenn es Gott gefällt, weder den Abenteuern des Kaiserthums noch den Gewaltthaten des Radikalismus freies Spiel lassen, der ein Vorspiel des Sieges bietet, dessen er sich bereits sicher glaubt, indem er alles verlästert, was ein Volk zu achten verpflichtet ist, wenn es will, daß es geachtet werde, die Geistlichkeit und den Richterstand, also Religion und Justiz, sowie die Armee, dieses lebendige Bild des Volkes und seiner Ehre. Da Sie bis zu mir gekommen sind, so sagen Sie bei Ihrer Rückkehr, was meine festen Entschlüsse sind, die mir durch meine Liebe zu Frankreich und durch die Ereignisse, von denen es bedroht ist, eingegeben werden.

Diese Kundgebung wird von der republikanischen Presse mit der „gebührenden Verachtung" behandelt, was aber an der Thatsache nichts ändern wird, daß jene in den republikanischen Kreisen einen höchst beunruhigenden Eindruck gemacht hat. Und das muß natürlich erscheinen. Der „Roy" hat sich bekanntlich seit dem mißglückten Restaurations-Versuche im Herbste 1873 einer „würdevollen Zurückhaltung" befleißigt, und man ist zu der Annahme gezwungen, daß ihn nur dringende Gründe veranlassen konnten, mit einer solchen bestimmten Erkärung wieder hervorzutreten. Zudem führt der „legitime König von Frankreich" diesesmal eine Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Legitimisten selbst wie alle Welt sind unzweifelhaft davon überzeugt, daß diese von Heinrich V.

Ueber die Ausgrabungen zu Olympia

bringt der „Reichsanz." folgenden XIII. Bericht:

Auch in den drei letzten Wochen, vom 1.—22. Februar haben die Arbeiten durch die Witterungsverhältnisse des ungewöhnlich sturm- und regenreichen Winters stark zu leiden gehabt. Dennoch vermehrte sich der Denkmälerschatz auf allen Gebieten in erfreulicher Weise.

Vor der Ostseite sind die dorthin gestürzten großen Gebälkmassen theilweise entwirrt und die späten großentheils aus antiken Materialien konstruirten Slavenhäuser niedergelegt worden. Dabei fanden sich weitere werthvolle Ergänzungen zur Ostgiebelgruppe. Erstlich die drei in Hochrelief gearbeiteten Pferdehälse (1,40 M. hoch und 1,10 M. breit) von dem linken — südlich gestandenen — Viergespann sowie der Kopf des mittleren Rosses. Zweitens ein dazu gehöriger, weil an gleicher Stelle liegender — gewaltiger Pferdekörper, welcher wegen der schweren deckenden Trümmermassen noch nicht gehoben werden konnte. Diese neuen Funde gestatten unter Heranziehung eines schon am 21. Oktober v. Js. gefundenen größeren Reliefbruchstückes (vergl. Bericht VIII.) jetzt die angenähert sichere Restauration der südlichen Quadriga, wie eine solche von der entsprechenden nördlich gestandenen bereits hat entworfen werden können. Das dritte Fragment war ein linkes, stark gekrümmtes Bein, welches erst bei der weiteren Sichtung des Gesammtmaterials zu verwerthen sein wird.

Ungleich bedeutender sind die Ergebnisse der Ausgrabungen vor der Westseite gewesen. Schon am 2. Februar erschien vor der südlichen Fronthälfte — dicht unterhalb des Kentaurenfundortes — ein schöner weiblicher Oberkörper, etwas angstvoll bewegt, dessen linker über die Brust gelegter Arm bestrebt ist, das herabgeglittene Gewand mit dem auf der Schulter noch liegenden Stücke zusammenzunesteln. In der Höhe der Hüfte ist der Marmor so glatt und sorgfältig abgeschnitten, daß es den Anschein hat, als ob die Figur halb verdeckt hinter einem Gegenstande gestanden und nur ihren Oberleib gezeigt hätte. Nahe diesem Stücke lag der mächtige Torso — vom Halse bis unter den Nabel erhalten — eines im heftigen Kampfe begriffenen Lapithen; beide Arme waren erhoben und vorgestreckt. Etwas später und mehr im Nordwesten wurden zwei Gewandbruchstücke weiblicher Figuren, ein Knie und ein linker Fuß, sowie ein auf dem Boden liegender Weinschlauch gehoben. Ein weiterer Fund erfolgte am 9. Februar wieder in einer Distanz von 20 M. vor der Frontmitte. Hier fand man im Sande fast aufrecht stehend den Oberleib nebst Kopf eines Lapithen, 1,03 M. hoch und vom Scheitel bis unterhalb des Nabels erhalten. Beide Arme, zwischen denen der vielfach zerstoßene Kopf etwas nach vorn gedrängt und gesenkt erscheint, waren hoch erhoben; der linke Oberarm an der linken Kopfseite selber haftend und so grade abgeschnitten, — auch ohne Dübelspur — daß der Arm seiner ganzen Ausdehnung nach überhaupt nie vorhanden gewesen sein kann. Die noch jugendliche Gestalt stand rechts hin gewendet mit ihrer linken Schulter an der Wand und scheint im heißen Kampfe gegen einen Kentauren mit beiden hoch erhobenen Händen eine schwere Waffe geschwungen zu haben. In dem Gesicht fehlt noch jeder leidenschaftlich erregte Ausdruck, nur in der gerunzelten Stirn und den gehobenen Augenbrauen erscheint ein Hauch von Affekt. Das nur durch kräftige Reliefhebung angedeutete Haar ist wieder glatt gelassen, dagegen zeigt der nackte Körper überall eine sorgfältige und lebendige Behandlung.

Den erst vor wenigen Tagen — am Freitag, den 2. März — gemachten Hauptfund vor der Westfront hat ein 24 Stunden später eingetroffenes Telegramm aus Pyrgos in folgenden Worten gemeldet: West. Schönster Kopf, jugendlich männlich, und Kentauer Weib raubend, mit vollständigstem Pferdekörper. Hierdurch ist ein besonders werthvoller Doppelfund verbürgt: ein neuer Kopf (der fünfte und schönste) und eine zweite Kentaurengruppe. Daß die stets festgehaltene Hoffnung, auch von der großen und reich bewegten Giebel-Komposition des Alkamenes eine sichere Erkenntniß zu gewinnen, durch so glänzende Funde ihrer Erfüllung immer mehr entgegen geführt wird, bedarf keiner weiteren Hervorhebung.

Von Bronzen fand sich an allen Grabungsstellen vielerlei: zahllose kleine Votivgaben, besonders viele rohgestaltete Vierfüßler, ferner Gefäße und Henkel, einige Waffen, darunter ein Helm, einige Backenschirme mit Inschriftresten und dergleichen. Ein besonderes Interesse gewährt eine sehr kleine, im Vollguß hergestellte Statuette (0,075 hoch) wegen ihrer echt archaïschen Fassung. Es ist eine männliche Gestalt, mit dem linken Beine schüchtern vorschreitend; beide Unterarme waren vorgestreckt, das Haar fällt lang in den Nacken, das Haupt ist bekränzt. Unter den zahlreichen bisher gefundenen Kleinbronzen ist dies nach dem Kunstcharakter die anziehendste.

Unter den Inschriften steht eine in Erz gegrabene von sechs Zeilen an der Spitze, weil sie den alt-eleischen Schriftcharakter wiedergiebt und ein werthvolles Seitenstück zu der berühmten Vertragsurkunde zwischen Heraia und Elis (um 500 v. Chr.) bildet, welche W. Gell im Jahre 1813 bei einer kurzen Ausgrabung in Olympia zu finden das Glück hatte und später dem britischen Museum überließ. Die leider oben und an den Seiten abgebrochene Inschrift (der untere Schluß ist erhalten) hat zu einem obrigkeitlichen Dekrete gehört, in welchem Bußfestsetzungen ꝛc. enthalten waren. Demnächst folgen zwei andere, sehr fragmentirte aber alterthümliche Inschriften, gleichfalls in Erz geschnitten; die eine, sechszeilige, steht auf einer Platte, die andere, einzeilige, auf dem verzierten Rande eines Gefäßes. Außerdem sind vor der Ostfront, in der Nähe der sogenannten Basenstraße, zwei Inschriften aus der Spätzeit gefunden worden, welche sich auf hier gestandene Ehrenstatuen beziehen. Die eine hatte der Rath und das Volk von Kyparissia in Messenien dem Tiber. Opp. Timandros, die andere M. Ant. Pisanus dem Spartaner Eurykles, einem bei Augustus angesehenen Manne gewidmet.

Die weitere Erforschung und Aufnahme des Zeustempels hat gleichfalls erhebliche Fortschritte gemacht. Von den wegen ihrer Lage sehr schwer meßbaren Säulen sowie von den oberen Baugliedern, speziell von denen des Marmordaches sind viele Zeichnungen durch die beiden Architekten eingesandt worden. Auch ein genauer Querschnitt durch den Unterbau, der die eigentliche Struktur erkennen läßt, verdient Erwähnung.

Die allmählich bewirkte Forträumung der bisher noch vor der Ostfront lagernden Trümmermassen hat bezüglich der wichtigen Fragen, ob der Vorplatz gepflastert, ob ursprünglich eine Rampe vorhanden, ob dicht vor der Oberstufe ein Altar aufgestellt war, weitere Entscheidungen gebracht, welche die schon im vorigen Jahre gewonnenen und ausgesprochenen Ansichten lediglich bestätigt haben. Der ganze Platz vor der Ostfront war mit Quadern gepflastert. Die stark zusammengeschmolzenen Reste desselben finden sich in einer Distanz von 23 M. östlich vor der Nordhälfte am besten erhalten. Mehrere mit Sorgfalt in diesem Pflaster ausgesparte Löcher geben sich als Standplätze alter Bäume zu erkennen, welche man bei der Pflasterlegung geschont und vorsichtig umgangen hat. Die vom Vorplatz zum Stufenbau mäßig ansteigende Rampe ist nur noch bis auf eine Entfernung von 14 M. erhalten, zu ihrer Herstellung sind schon formirte Baustücke zum zweiten Male verwendet worden. Daß hier in späterer Zeit ein erweiternder Umbau stattgefunden hat, ist jetzt ebenso sicher, als der Nachweis von der Existenz eines oblongen, auf 3 Stufen stehenden Altars in Höhe der ersten Stufe von Anfang an. Die nähere Beweisführung für diesen in architektonischer wie archäologischer Beziehung gleich wichtigen Punkt muß einem anderen Orte vorbehalten bleiben.

In die Stelle des zweiten Oberaufsehers ist ein früher bei den Laurion-Bergwerken beschäftigt gewesener deutscher Techniker Herr Rohrer getreten und mit den Abformungsarbeiten der diesjährigen Campagne ist wieder Herr Martinelli in Athen betraut worden. Seiner Ankunft wurde Mitte März entgegen gesehen, zu welcher Zeit auch die nothwendig gewordenen Erweiterungsbauten an der Formerei beendigt sein sollten.

Von geschätzter Hand erhalten wir folgende Zeilen:

„Ihre Zeitung brachte jüngst einen Bericht über einen trefflichen Vortrag unseres Generalpostmeisters über Vermeidung der Fremdwörter. Er erwähnte der Theater- und der Militärsprache, er hätte aber vor Allem nicht vergessen sollen der Zeitungssprache. Die Zeitungen sind die Hauptmitschuldigen an der Sprachverunreinigung; von ihnen aus müßte die Aenderung beginnen und sie würde dort auch am wirksamsten sein. Vergegenwärtigen Sie sich gefälligst den

angekündigte „günstige Stunde“, auf „gesetzlichem Wege“ d. h. durch ein Votum der Kammern oder durch ein Verdikt des allgemeinen Stimmrechtes niemals kommen wird. Wenn also der „Roy“ den Zeitpunkt für geeignet erachtet, seine Getreuen zu ermuthigen, so muß er den Glauben hegen, daß in nächster Zeit irgend ein „Ereigniß“ eintreten wird, welches die Wiederherstellung der legitimen Monarchie ermöglichen könnte. Ein solches Ereigniß könnte aber nur ein Staatsstreich, d. h. eine gewaltsame Beseitigung der Republik sein. Die ultramontanen und legitimistischen Organe haben in den letzten Tagen ziemlich unverhohlen mit einem Staatsstreiche gedroht, und es ist überdies Thatsache, daß sowohl in Paris als in gewissen Departements des Westens und des Südens beunruhigende Gerüchte über bevorstehende Ereignisse verbreitet werden. Die an vielen Orten herrschende Noth wird gegen die Republik eifrig ausgebeutet, und die Geistlichkeit betreibt ganz offen ihre antirepublikanischen Propaganda Vorläufig wird zwar die Republik noch von dem „loyalen Degen“ des Marschalls Mac Mahon beschützt, aber es muß trotzdem aus diesen und aus verschiedenen anderen Gründen, die sich noch der Oeffentlichkeit entziehen, ganz natürlich erscheinen, wenn die Republikaner die Nothwendigkeit begreifen, auf ihrer Hut zu sein.

Die Ausgrabung der Ueberreste deutscher Soldaten, welche auf Privatgrundstücken der Kommune l'Hay im Seinedepartement beerdigt worden waren, hat nach Mittheilungen aus Paris am letzten Sonnabend begonnen. Man schätzt die Anzahl der in den Gärten begrabenen französischen und deutschen Soldaten auf 800. Die Ausgrabung geht unter Aufsicht eines Polizeibeamten und eines Geistlichen so feierlich wie möglich vor sich. Der Kriegsminister und der Polizeipräfekt haben strenge bezügliche Vorschriften erlassen. Auf dem Kirchhofe ist eine zweite Grube geöffnet worden, in welche die Gebeine der Gefallenen in derselben Reihenfolge, in der sie gefunden worden sind, hineingelegt werden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 1. März. Der Oberkommandirende der aktiven Armee, Großfürst Nikolaus, ist als gänzlich wiederhergestellt zu betrachten. Derselbe ist bereits im Stande, ohne Beschwerde das Pferd zu besteigen und sich der Ausfüllung seiner Pflichten vollständig hinzugeben. (Pol. Korr.)

Türkei und Donaufürstenthümer.

In unserem letzten Mittagsblatte finden unsere Leser ein langes Telegramm aus Petersburg, welches offenbar aus amtlicher Quelle stammt. Das russische Kabinet fühlt das Bedürfniß über die Reise seines Botschafters zu den berühmtesten — — Augenärzten in Berlin, Wien und Paris Aufschluß zu geben. Von den kranken Augen des russischen Botschafters ist in der halbamtlichen Note nicht mehr die Rede, sondern nur von seiner Mission, die früher abgeleugnet wurde. Um aber aus den diplomatischen Windungen der petersburger Erklärung zu ersehen, worin denn diese Sendung besteht, muß man sehr scharf hinsehen. Bedeutet sie Krieg oder Frieden? Wir glauben, daß sich diese Alternative nicht einfach mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten läßt. Rußland will den Frieden und vermeidet den Krieg unter gewissen Bedingungen. Und die Mission des russischen Botschafters ist es offenbar, diese Bedingungen durchzusetzen. Dieselben sind sehr bescheiden: Rußland will „nur von den mit ihr in den Forderungen der Konferenz übereinstimmenden Mächten Erklärungen herbeiführen, welche die Ausführung des Programms der Konferenz als eine Pflicht der Pforte fixiren, welche Pflicht durch die der Pforte eingeräumten traktatmäßigen Rechte bedingt sei.“ Geben die Konferenzmächte diese Erklärung ab, dann machen sie die Giltigkeit des pariser Vertrags abhängig von der Durchführung des Konferenzprogramms. Weigert sich dessen die Pforte, pocht sie auf ihre Unverletzlichkeit und Souveränität, so ist der pariser Vertrag gebrochen und „jeder betheiligten Macht würde das Eintreten für Erfüllung der allgemein anerkannten Pflicht freistehen“ d. h. Rußland könnte die Exekution übernehmen, ohne daß England oder Oesterreich berechtigt wäre, Einspruch zu erheben. Wenn nun aber die Großmächte die verlangten Erklärungen verweigern? Nun, so ist unterdeß das Eis im Pruth geschmolzen, welches noch fester ist als der — pariser Vertrag.

Der telegraphisch gemeldete petersburger Brief der offiziösen wiener „Pol.-Kor.“ vom 3. d. stellt als Ziel Rußlands die Alternative, entweder den pariser Traktat aufheben oder gemeinsames Hinwirken der Mächte auf sofortige volle Durchführung der Vorkonferenzbeschlüsse in ihrer ersten verschärften Gestalt. Geschieht das Letztere nicht, so würde Rußland, sich an den pariser Traktat nicht mehr gebunden erachtend, selbstständig gegen die Pforte vorzugehen berechtigt sein. Das oben erwähnte petersburger Telegramm ist offenbar gemäßigter, als die über Wien gekommene Kundgebung, welche die Annullirung des pariser Traktats in Aussicht stellt. Es scheint also, daß zwischen dem 3. und 8. Februar, also gerade in der Zeit der Mission Ignatieffs in Berlin, eine mildere Anschauung, resp. eine sanftere Sprache in der Newa Platz gegriffen hatte. Die Zuspitzung der Lage wird noch schärfer durch den Wiederausbruch der bosnischen Insurrektion, der das Ziel der Bestrebungen der Mächte wieder in greller Beleuchtung vor Augen führt.

Ueber die Friedensverhandlungen mit Montenegro, welche sich immer mehr in die Länge zu ziehen scheinen, wird der „Pol. Korr.“ aus Cettinje vom 27. v. M. geschrieben:

Unsere Delegirten haben sich zur Eröffnung der Friedensverhandlungen nach Konstantinopel begeben; nichtsdestoweniger ist die hier herrschende Stimmung keine friedliche. Das hiesige Regierungsorgan, der „Glas Crnogorca“, sagt mit anerkennenswerther Offenheit, daß Montenegro die ihm von der Pforte dargereichte Hand nicht ohne Weiteres zurückweisen konnte, weil die Großmächte den betreffenden Schritt der Pforte begünstigten.

Es ist Thatsache, daß Fürst Nikolaus sich nur aus Rücksichten auf die großen Höfe und durch anderweitige Erwägungen bestimmen ließ, die bekannten Unterhändler nach der türkischen Hauptstadt zu entsenden. Ueber diesen Akt der Entsendung hinaus gehen jedoch die versöhnlichen Dispositionen des Fürsten nicht. Im vollkommensten Einklange mit dem intimsten Gedanken des Fürsten, sagt das hiesige Regierungsblatt: „Uns ist es gleichgültig, welches Resultat immer die Verhandlungen liefern werden. Wir können nur dann Frieden schließen, wenn derselbe ehrenvoll und nützlich sein sollte, und zwar sowohl für uns als unsere Brüder in der Türkei, wegen welcher wir der Pforte den Krieg erklärt haben. Sollte hier keine Verständigung erzielt werden können, dann werden wir den Kampf fortsetzen. Einen Frieden um des Friedens willen brauchen wir nicht!“

Die hiesigen maßgebenden Personen behaupten, daß der bisherige Krieg Montenegro nicht so geschwächt hat, daß es sein Kriegsprogramm in allen Stücken aufgebe und alle Pläne über Bord werfe. Daß Serbien wahrscheinlich den Frieden schließen würde, ist kein zwingendes Friedensargument für Montenegro, welches von der Allianz mit Serbien keinerlei Nutzen ziehen konnte. Man ist hier fest entschlossen, den gegenwärtigen Feldzug ohne gewisse sichergestellte Erwerbungen nicht abzuschließen. Ob man in Konstantinopel sich zu Gebietszugeständnissen bereit finden lassen werde, welche Montenegro befriedigen könnten, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls dürften die Verhandlungen sich sehr in die Länge ziehen.

Im Großen und Ganzen geht aus der hier herrschenden derzeitigen Stimmung hervor, daß man im Grunde vorläufig nichts Anderes wünsche, als Zeit zu gewinnen. Man hofft von den nächsten Wochen, ja vielleicht Tagen, eine radikale Veränderung der Lage in Albanien und vielleicht auch in der Herzegowina. Nach den hier eintreffenden Nachrichten aus dem Miriditengebirge ist der Ausbruch eines Aufstandes dort unmittelbar bevorstehend. Prenk hat bereits alle streitbaren Männer seines Stammes in Bataillone eingetheilt und Kommandanten ernannt. 6000 Hinterlader stehen dem Miriditenhäuptling zur Verfügung, und an Munition dürfte nicht sobald Mangel eintreten.

Ueber ein späteses Stadium dieser Verhandlungen wird dann noch Folgendes aus Cettinje, dd. 6. d. M. gemeldet:

Der Fürst von Montenegro hat gestern telegraphisch seinem Gesandten in Konstantinopel den Befehl zukommen lassen, das Schicksal der Flüchtlinge nicht aus den Augen zu lassen. Ueberdies fordert er zwölf Kotars, die die Montenegriner jetzt inne haben. Auf den Besitz von Niksics besteht Nikita unbedingt. Man trägt hier eine sehr kriegerische Stimmung zur Schau. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß ohne die Dazwischenkunft der Großmächte der türkisch-montenegrinische Friede nicht zu Stande kommen werde.

Konstantinopel. An allen Punkten, wo russische oder türkische Truppen kantoniren, fängt es wieder an, sich lebhaft zu regen und zu rühren. Wie ein Telegramm aus Rustschuk unterm 6. März meldet, wurden an folgenden Balkanübergängen Truppen aufgestellt: Bei Zamboli und Umgegend 5 Bataillone mit 2 Gebirgsbatterien, in Tirnowa 3 Bataillone, in Gabrowa und Trawna je 1 Bataillon, in Plewna 1 Bataillon und 1 Reiter-Regiment. Zum Schutz der Balkanübergänge bei Sofia wird daselbst ein Reservecorps zusammengezogen, zu dessen linker Flankensicherung man falls einer neuen Bedrohniß von Serbien her ein zweites kleines Corps bei Nisch aufstellen will. In Sofia stehen jetzt noch 10 Bataillone und 3 Feldbatterien. Die Truppen des nischer Corps sind 21 Infanterie-Bataillone, 2 Jäger-Bataillone, 1 Reiter-Regiment und 6 Batterien stark, davon sollen 8 Bataillone und 2 Batterien in Nisch verbleiben, während der Rest in den nächsten Tagen zur Donau-Armee stoßen wird, und zwar sind die Marschordres für Schistowa-Nikopoli und Rustschuk ausgestellt. Mit der Verproviantirung der Festungen hat es bis jetzt sehr schlecht ausgesehen, indessen wurden in voriger Woche Lieferungsverträge auf Weizen, Gerste, Reis, Oel und Fleischkonserven abgeschlossen, so daß künftighin Varna, Schumla und Widdin eben so gut mit Mundvorrath versehen sein werden als Silistria, d. h. auf drei Monate. Man macht große Anstrengungen, um dem Pferdemangel, welcher sich namentlich bei der Artillerie-Bespannung geltend macht, abzuhelfen. Theils durch Zwangsmaßregeln, theils durch freiwillige Spenden wurden in der Donauprovinz für die Armee in letzter Zeit 2480 Pferde aufgebracht. Das Widdiner Corps besitzt eine Trainkolonne von 370 Karren und 900 Ochsen, Schumla etwa 300 Karren und 700 Ochsen, Silistria etwa 100 Karren und 250 Ochsen. Die Zusammenstellung der Trains fällt den Dörfern zur Last. In Nikopoli wurden die bisher bestandenen Befestigungen ausgebessert und verstärkt und theilweise mit neuen Geschützen versehen. An einer Redoute auf dem die Ostfront beherrschenden Hügel und an einer Batterie an der Donau oberhalb der Stadt wird jetzt gearbeitet.

Ueber die Ergebnisse der schon seit längerer Zeit in Teheran zwischen Rußland und Persien gepflogenen Unterhandlungen wird folgendes Nähere berichtet:

Der russische Gesandte Zinowjeff führte in den letzten Wochen eifrig Unterhandlungen mit dem Minister des Aeußern und wurde innerhalb weniger Wochen zweimal von Nassr-Eddin empfangen. Bald darauf wurde Zinowjeff mit dem Sonnen- und Löwenorden I. Klasse und der russische Gesandtschaftssekretär Petroff mit demselben Orden II. Klasse dekorirt. Während man hier verschiedene Kombinationen über diese Vorgänge anstellte, erfuhr man inzwischen, daß der Schah zwei Armeecorps zusammenziehen läßt. Der Militärgouverneur von Azrbeidschan, Enbal-ul-Daulje, hat den Befehl bekommen, ein Armeecorps in dieser Provinz zu konzentriren und mit neuen Waffen, welche aus Teheran einlangten, zu versehen. Der General begab sich alsogleich nach Urumja und begann von da aus sich seiner Mission zu widmen. Nachdem Enbal-ul-Daulje 16000 Reguläre bewaffnet und auf Kriegsfuß gesetzt hat, ist er zum Oberstkommandirenden dieser Armee vom Schah ernannt worden. Die Erklärung für diese Thatsache findet man in der geographischen Lage der Provinz Azrbeidschan. Nur einige Tagemärsche trennen dieselbe von Bagdad — und das ist der Ort, nach welchem es Nassr-Eddin mit magnetischer Kraft zieht.

Mit diesem Armeecorps ist es aber nicht abgethan. Der Schah hat gleichzeitig die Konzentrirung eines anderen aus 22,000 Mann bestehenden Corps in und bei Kirmanschah angeordnet. Der General Meick-Khan hat dies mit solchem Eifer ausgeführt, daß der Schah ihn mit der höchsten Ehre auszeichnete, die einem persischen Unterthan widerfahren kann. Er überschickte ihm nämlich das sogenannte „Chalat“, d. i. einen langen Ehrenrock. Von Persien bis Chiwa und Kaschgar hinauf gilt diese Auszeichnung für die höchste und ehrenvollste, welche die Herrscher Zentral-Asien erweisen können.

Belgrad, 6. März. Das heutige Amtsblatt veröffentlicht die Friedensproklamation des Fürsten Milan. Dieselbe lautet:

Meinem geliebten Volke! Aus meiner Proklamation vom 18./30. Juni v J. sind meinem theuren Volke die Gründe bekannt, welche uns nöthigten, die Waffen zu ergreifen. Ebenso bekannt ist demselben, warum wir gemeinsam mit Montenegro kämpften. Heute, wo das Schicksal der Christen im Oriente sich in kräftigeren Händen befindet, bin ich glücklich, meinem theuren Volke bekanntzugeben, daß ich nach Anhörung der großen National-Skupschtina den Frieden mit der ottomanischen Pforte abschließe. Meine Bevollmächtigten haben am 17. 24 Februar mit dem kaiserlichen Minister des Aeußeren das Friedensprotokoll unterzeichnet, welches ich meinerseits auf telegraphischem Wege ratifizirte. Serbien verbleibt unter Garantie der Großmächte in seiner Beziehung zur Hohen Pforte wie vor dem Kriege. Bis Ende des Monats (alten Styls, das heißt bis 12. März) werden sich sowohl die türkischen als die serbischen Truppen auf ihr Territorium zurückziehen Für die Christen, welche während des Krieges in Serbien eine Zuflucht fanden, wurde eine vollständige Amnestie vereinbart, und sind sichere Aussichten vorhanden, daß die Lage derselben in ihrer Heimath eine bessere wird.

Brüder! mit dem heutigen Tage hört der Kriegszustand in Serbien, sowie die hierdurch hervorgerufenen besonderen Maßregeln auf. Einige andere Gesetze bleiben in Kraft bis zum gänzlichen Uebergange zu geregelten Zuständen. Zurückkehrend zu den Friedensbeschäftigungen, wollen wir uns vor Allem unserer tapferen Kämpfer erinnern, welche auf dem Schlachtfelde fielen. Ihre Namen werden immer in dem Andenken des dankbaren Volkes leben. Erinnern wir uns auch unserer Verwundeten, die zu jeder Arbeit unfähig wurden. Es ist

---

ganzen Schatz eigenthümlicher Worte der Zeitungspresse. Wir beginnen mit dem „Redakteur“ oder gar „Chef-Redakteur“, begegnen dem „Reporter“, dem „Korrektor“, dem „Korrespondenten“, thun dann einen Schritt weiter und stoßen auf den „Expedienten“, den „Faktor“ und gar den fürchterlichen „Metteur en pages“. Die Zeitung besteht aus einem „redaktionellen“ Theil, einem „Feuilleton“, einem „Inseraten-“, auch wohl „Reklamentheil“, aus „Korrespondenzen“, „Rezensionen“, „Lokalnotizen“; sie wird gesetzt mit „Lettern“, und zwar mit „Petit“ oder „Bourgeois“ oder „Corpus“. Sie hat auch nicht Abnehmer, sondern „Abonnenten“, bedient sich statt der Austräger der „Kolporteure“ und richtet statt der Verlagsstellen „Expeditionen“ ein.

So ist die Geschäftssprache durchaus fremdländisch. Und liest man nun unter dem Strich, in dem sog. „Feuilleton“, das ein ganz übel gebildetes Wort ist und leicht ersetzt werden könnte durch „Unterhaltendes“ oder wie früher durch „Beiwagen“ oder meinetwegen durch „Beilade“ — eine gelahrte „Opern-Rezension“, so kann man sicher sein, in jedem fünften Worte einem Fremdling zu begegnen.

Sollte und müßte nicht in der Tagespresse („Journalistik“ war ja wohl bis vor Kurzem das vorherrschende Wort) endlich das Bewußtsein erwachen, daß dieser Verhunzung unserer Sprache Einhalt zu thun ist! Wir haben ja in den meisten Fällen viel bessere Worte an die Stelle der Eindringlinge zu setzen, deren Klang uns nur längere Gewöhnung erträglich macht. Das Wort Redakteur z. B. bezeichnet gar nicht einmal umfassend den Sachbegriff; es bezieht sich nur auf die äußerliche Mache, nicht auf eine geistige Thätigkeit; dafür wäre schon weit vorzuziehen das Wort „Zeitungssteller“, ein Anklang an das Wort „Schriftsteller“ und im Gegensatz zum „Schriftsetzer“, der dann wieder unterschieden würde in einen „Zeilensetzer“ und einen „Spalten- oder Seitensetzer“, womit wir nicht nur den „Metteur en pages“, sondern auch die „Kolumnen“ über die Grenze wiesen.

Möchte sich jeder Mitarbeiter einer Zeitung doch die Verpflichtung auferlegen, nur in den allerseltensten Fällen zu einem Fremdwort zu greifen, dann würde uns bald geholfen sein!

Dr. J.“

Wir sind dem Herrn Einsender, welcher früher selbst „Zeitungssteller“ war, für seine freundlichen Bemerkungen sehr dankbar. Zum Theil erachten wir seine Ausstellungen für vollständig begründet. Zunächst ist richtig, daß im Preßgewerbe manche Fremdworte gebraucht werden, die durch deutsche Ausdrücke ersetzt werden könnten; doch wollen wie gleich hinzufügen, daß viele andere Gewerbe ihre „technischen“ Ausdrücke (Handwerksbezeichnungen ?) ebenfalls fremden Sprachen entnommen haben, was zumeist seinen geschichtlichen Grund hat. — Außerdem ist zweitens die Mahnung an die Tagesschriftsteller und Berichterstatter (weniger an die Redaktionen) berechtigt, diejenigen fremden Worte, für welche wir gute deutsche Bezeichnungen haben, streng zu vermeiden. Nach beiden Seiten hin sündigen die Zeitungen, die eine mehr, die andere weniger. Auch wir begehen im Drang der Geschäfte manchen Verstoß gegen die Reinheit der Muttersprache, obwohl wir es uns zum Grundsatz gemacht haben, mit unseren Lesern deutsch zu sprechen. Aber der Hauptschuldige an der Sprachverwirrung ist doch nicht die Presse sondern das Volk — das regierende wie das regierte, dessen Sprachweise in den öffentlichen Blättern ihr Echo findet. Wollte eine Zeitung in der Sprachreinigung über das hinausgehen, was Sprachgebrauch ist, wollte der „Zeitungssteller“ von „Abnehmern“ sprechen, die noch lange keine Abonnenten sind, so würde er die Lacher nicht auf seiner Seite haben. Eingebürgerte Fremdworte durch neue Wortbildungen deutschen Ursprungs zu ersetzen, kann nicht der Einzelne wagen, dies muß das Volk thun, und am geeignetsten dazu sind öffentliche Schriftstücke von dauerndem Werth: Gesetze, Statuten (Verzeihung: Satzungen oder Ordnungen) Urkunden u. A. So lange das Strafgesetzbuch und das Preßgesetz noch nicht ihre Liebe dem „Zeitungssteller“ zuwenden, bleiben wir einstweilen „Redakteur“, denn wer sollte sonst für die Zeitung verantwortlich sein? Dagegen verzichten wir gern auf den „Chef“. Wer durchaus den geistigen Leiter einer Zeitung auszeichnen will, kann ihn als Hauptredakteur ehren.

* **Zur Musikgeschichte der Provinz Posen** brachten wir neulich einen Artikel, worin der Verfasser sagt, eine ihm persönlich zugekommene Nachricht lasse den einst berühmten Komponisten Karl Kurpinski aus Luschwitz stammen, während er nach musikalischen Lexikas in Woszkowice geboren wurde. Wie uns von zuverlässiger Seite aus Luschwitz freundlichst mitgetheilt wird, ist die erstere Meldung richtig, denn in dem Taufbuche vom Jahre 1785 zu Luschwitz steht zu lesen:

„Anno ut supra (1785) die 6 Martii baptisavit infantem A. R. Simon Szydłowski, curatus loci Carolum Casimirum, parentum Martini et Franciscae Kurpinski organarii l. Patrini fuere Antonius Knispel braxator et Anna Piezowna.“ (Im Jahre, wie oben angegeben 1785) am 6. März, hat der Ortspfarrer A. R. Simon Szydlowski ein Kind, Namens Karl Kasimir, von den Eltern Martin und Franziska Kurpinski, dem Ortsorganisten, getauft. Seine Pathen waren der Braxator (?) Anton Knispel und Anna Pietsch.)

* **Musiker und Maler.** So empfindlich Rossini gegen den Tadel Fremder war, so gern pflegte er Anderen gegenüber seiner spitzen Zunge freien Lauf zu lassen. Als sein Kollege Michele Carafa zu Ehren Meyerbeer's einen Trauermarsch komponirt hatte und den Meister um seine Meinung über das Werk befragte, erwiderte der letztere: „Ja, Dein Trauermarsch ist vortrefflich! Nur Schade, daß nicht Du gestorben bist und Meyerbeer Dir den Marsch bläst.“ — Manchmal aber kam Rossini mit seinen Scherzen an den Unrechten. Eines Tages suchte er den seiner Zeit berühmten Maler und Illustrateur Charlet auf, der in seinem Atelier gerade beschäftigt war, einige ergötzliche Figuren seines Genre's zu zeichnen. „Was machst Du denn da für Männchen?“ fragte der Komponist den Maler, „bekommst Du auch ordentlich was für die Püppchen?“ — „Na, nicht eben viel, fünfzehn Sous pro Stück. Verdienst Du mehr mit Deinem Gedudel?“ — Rossini machte ein Gesicht, als hätte er ein Dutzend Fliegen verschluckt: „Ich mit meinem Gedudel?“ — „Ja.“ — „Nun, das ist verschieden. Ich komponire meine Opern, und die einzelnen Städte bewerben sich um die Musik. Ist so eine Stadt reich, zahlt sie gut; ist sie arm, zahlt sie schlecht oder gar nicht. Ich hab' es ja überhaupt nicht nöthig! . . . . Du weißt, ich bin reich . . . . auch will ich Dir gern eins Deiner Männchen . . . .“ „Ah, Du willst ein Männchen von mir haben? Gern, da nimm eines! Aber kein Geld unter Freunden! Du kannst mir dafür eins von Deinen „Tralala! Heißaßa!“ schicken, so wie Du sie zu Dutzenden fabrizirst.“ — „Ein Tralala Heißaßa?“ rief wuthentbrannt Rossini. „Ja“, erwiderte Charlet, „alle Woche mußt Du wissen, haben wir bei Mutter Saguet in Montmartre so eine gemüthliche Kneiperei. Da trinken wir und singen, und singen und trinken — ach, es giebt nichts hübscheres beim vollen Glase als so einen fidelen Singsang! . . . . Thu' doch nicht so: Du schmierst ja Deine Klimpereien herunter, wie ich meine Männchen!“ — Rossini verstand endlich den Maler und wußte sich zu fassen. Er nahm das „Männchen“ Charlet's mit sich und schickte ihm andern Tages ein prächtiges Trinklied, mit welchem der Maler im lustigen Konventikel bei Mutter Saguet nicht wenig Ehre einlegte.

* **Krappitz**, 7. März. Der seit lange steckbrieflich verfolgte Räuber Johann Elias wurde heut gefänglich eingebracht. Seine Verhaftung war bereits im vorigen Jahre einmal erfolgt, aber bei dem Mangel der nöthigen Sicherheitsmaßregeln gelang es dem Verbrecher damals, wieder zu entkommen. Der Amtsvorsteher Beiller hatte auf die Meldung, daß Elias sich wieder im Bezirk habe blicken lassen, sofort die nöthigen Maßnahmen zu seiner Ergreifung getroffen, die denn auch heute gelang. Damit ist nun auch das letzte verfolgte Glied der Pistulka-Elias'schen Bande dem Arm der irdischen Gerechtigkeit überliefert. (Schl. Ztg.)

unsere patriotische Pflicht, denselben ihr Dasein zu erleichtern. Vergessen wir auch nicht unsere Grenz-Mitbürger, welche durch die Kriegs ereignisse am meisten litten. Es wird eine Hauptaufgabe meiner Regierung sein, dieselben mit den ersten Bedürfnissen zu versehen, damit ihre Tage erleichtert werden. Indem wir unsere Pflicht auf dem Schlachtfelde gegen unser Vaterland und unsere Brüder erfüllten, bestreben wir uns jetzt in Friedensarbeit und brüderlicher Liebe, neue Kräfte zu schöpfen für den National-Fortschritt. Bleiben wir immer dankbar unseren russischen Brüdern für die während des Krieges geleistete Hilfe, ebenso allen anderen edlen Nationen,. welche uns in dem schweren Kampfe mit ihrer theuren Sympathie begleiteten. Besonders geben wir unserer Erkenntlichkeit Ausdruck gegenüber jenen edlen Gesellschaften und Personen, welche unseren Verwundeten und Verunglückten hilfreiche Hand leisteten.

Und gegen euch, theure Brüder, erfülle ich die angenehme Herrscherpflicht, euch Allen zu danken für die Opferwilligkeit, welche der Krieg euch auferlegte, die Einen kämpfend auf dem Schlachtfelde, die Anderen administrative Dienste verrichtend, wieder Andere materielle Opfer bringend. Alle, ohne Ausnahme, gabt ihr ununterbrochen Beweise eines seltenen Patriotismus!

Belgrad, den 6. März 1877.

Milan Obrenovich IV., Fürst von Serbien.

Lokales und Provinzielles.

□ **Fraustadt**, 8. März. [Jahrmarkt. Höhere Töchterschule.] Der heutige Jahrmarkt war schwach besucht und es machte sich in sämmtlichen Geschäftsbranchen eine große Geschäftslosigkeit bemerkbar. Nur auf dem Viehmarkte war der Verkehr etwas reger. Der Zutrieb an Rindvieh war bedeutend und die Preise waren hoch. — Fräulein Reimann in Posen hat die auf sie gefallene Wahl als Vorsteherin der hiesigen höheren Töchterschule abgelehnt und Fräulein Neumann in Mielitsch ist in Folge dessen gewählt worden.

§ **Krotoschin**, 8. März. [Kreistag.] Die Verlegung des Etatsjahres auf den 1. April, so wie die Beschlußfassung über verschiedene nicht aufschiebbare Angelegenheiten hat eine Einberufung des Kreistages für den hiesigen Kreis zeitiger, als in früheren Jahren, erforderlich gemacht und derselbe soll schon am 27. d. M. zusammentreten. Es werden folgende Propositionen gemacht werden: Nach § 3 des Gesetzes vom 21. Juni 1875, betr. die anderweite Regelung der Verpflichtung zur Leistung der Hand- und Spanndienste für die Unterhaltung der Land- und Heerstraßen in der Provinz Posen setzt die königliche Regierung nach Anhörung der Kreisvertretung das bei der Leistung von Hand- und Spanndiensten für Landstraßen-Bauten zu zahlende Geldäquivalent alljährlich fest. Für das Jahr 1876 ist das Geldäquivalent durch Beschluß der Kreisvertretung für einen Spanntag auf 4 Mk. 50 Pf. und für einen Handtag auf 1 Mk. als giltig angenommen und von der königl. Regierung in der Bekanntmachung vom 18. Oktober 1875 festgesetzt worden. Die Kreisstände werden darüber zu beschließen haben, ob diese Sätze beibehalten event. abgeändert werden sollen. Da der Gutsbesitzer Herr W. v. Choslowski die auf ihn gefallene Wahl in die nach § 60 des Gesetzes vom 8 März 1871 von den Kreisständen zu wählende Kommission zur Schlichtung von Armenstreitsachen abgelehnt, so soll für die dreijährige Funktionszeit 1877/79 eine Neuwahl stattfinden. Die Gewährung einer Beihilfe von 1500 Mk. jährlich an die Stadt Krotoschin zu dem Zuschuß von 9000 M., welche dieselbe bei Uebernahme des dortigen Gymnasiums durch den Staat nach einem Abkommen jährlich zu zahlen sich verpflichtet hat, wird bis zu dem Zeitpunkte, wo diese 9000 M. erlassen werden, mit Rücksicht darauf beantragt, daß die finanziellen Verhältnisse dieser Stadt durch den Wegfall der Einnahme der aufgehobenen Mahl- und Schlachtsteuer im Betrage von 24,000 Mk. sich verschlechtert haben, daß die Gasanstalt mit Verlust arbeitet und daß die Oels-Gnesener Eisenbahn, bei welcher die Stadt durch Zeichnung auf Aktien sich betheiligt hat, weder Dividende giebt, noch bei dem Darniederliegen jeden Verkehrs der Stadt die gehofften Vortheile gebracht hat. Ferner wird vorgeschlagen, aus Kreismitteln der Stadt Krotoschin 900 M. und der Stadt Koschmin 600 M. als Beihülfe zur besseren Einrichtung des Krankenhauses jähr lich zu gewähren, unter der Bedingung, daß Kranke aus der Umgegend so lange noch Platz ist, event. auf Requisition der betreffenden Polizeibehörde aufgenommen werden und daß dem Landrath und dem Kreisphysikus eine angemessene Mitwirkung sowohl bei Regulirung der Aufnahmebedingungen, als bei der Verwaltung der Anstalten und das Recht zur zeitweiligen Revision eingeräumt wird. Auch den Städten Zduny, Kobylin und Borek, welche Aerzte und Apotheken haben, würde eine große Beihülfe in Aussicht zu stellen sein, wenn sie städtische Krankenhäuser einrichten, es würden dann 5 Krankenhäuser im Kreise und das aufgewendete Geld käme jeder Gegend des Kreises zu gut. Sodann folgt ein Antrag des Rittergutsbesitzer v. Przyluski auf Starkowice auf Beihülfe zum Bau einer Chaussee von Wyganow über Starkowiec nach Chocieszewice. Die Chaussee würde nach einen ungefähren Ueberschlage 76,000 M. pro Meile kosten. Er beantragt, hierzu eine Beihülfe von 20,000 M. pro Meile bis zur Kreisgrenze Seitens des Kreises zu gewähren, und auf die Gewährung einer Prämie Seitens der Provinz von 48,000 M. pro Meile zu befürworten. Endlich wird der Kreis-Kommunal-Kassen-Etat pro 1877—78, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 70,400 M. abschließt. zur Genehmigung vorgelegt werden, wobei die Differenzen gegen das Vorjahr zur Erläuterung kommen sollen.

Strzalkowo, 6. März. [Vertilgung der gelben Wucherblume. Ausfuhr von Spiritus, Heu und Stroh aus Polen. Futterpreise. Masern. Gesperrte Landstraße.] Die Besitzer, Nutznießer oder Pächter von Feld- und Gartengrundstücken, Rainen und Wegen sind Seitens des königl. Landrathsamts zu Wreschen auf Grund einer Polizeiverordnung der königl. Regierung zu Posen vom 18. Dezember v. J. aufgefordert worden, die gelbe Wucherblume (senecio vernalis), welche auch in einigen Gegenden des wreschener Kreises in bedeutender Menge aufgetreten ist, bevor dieses Unkraut zur Blüthe kommt, herauszunehmen und zu vernichten. Die betreffenden Grundstücke, auf denen sich dieses Unkraut zeigt, sind in zwei verschiedenen Perioden mit ausreichenden Arbeitskräften zu diesem Zwecke abzusuchen, und zwar in der Zeit vom 12. bis 20. Mai und vom 5. bis 10. Juni. Die vorgefundenen Wucherblumen sind herauszuziehen und entweder zu verbrennen oder zu vergraben. Alle Diejenigen, welche dies Absuchen versäumen, resp auf deren Grundstücke sich noch nach dem 10. Juni dieses Unkraut befindet, ist eine Ordnungsstrafe von 1—30 Mark angedroht, sofern sie nicht nachweisen können, daß sie die vorgeschriebenen Vertilgungsmaßregeln angewendet haben. — In dem verflossenen Monat Februar sind aus Russisch-Polen 447 Faß Spiritus hierselbst angekommen, die, nachdem sie amtlich verwogen und verschlossen waren, zur Weiterbeförderung mit der Bahn nach Wreschen oder Gnesen gebracht worden sind. Im Ganzen sind bis jetzt in dieser Brennperiode c 1600 Faß hierselbst durchgeführt. Diese Zahl zeigt, daß die Ausfuhr von Spiritus im Verhältniß zum vor. Jahre sehr schwach ist und daß die vorjährige Kartoffelernte in dasiger Gegend nur sehr mittelmäßigen Ertrag geliefert hat. In der nahen russisch-polnischen Stadt Slupce zahlt man gegenwärtig für 1 Viertel Kartoffeln (circa 1 Ztr.) 1 Rubel und mitunter auch noch mehr. — Seit einiger Zeit gehen fast täglich aus Polen kommend mit Stroh und Heu beladene Wagen hier durch, welche dasselbe nach Posen zum Verkauf schaffen. Gegenwärtig zahlt man in der nächsten russisch-polnischen Stadt Slupce für 1 Schock Langstroh, gleich 600 Kilo, 9—11 Rubel und für 1 Kilo Heu circa 2 Rubel. — Seit einigen Tagen treten unter den Kindern hiesiger Gegend die Masern auf. — In Folge des gegenwärtigen Warthe-Hochwassers ist zwischen Miloslaw und Zerkow die Landstraße bei Pogorzelice derartig beschädigt, daß die in Rede stehende Straße für den Verkehr einstweilen polizeilich gesperrt worden ist.

Bromberg, 8. März. [Geschenk.] Kaiser Wilhelm hat auf ein vom Kultusminister Dr. Falk an ihn gerichtetes Gnadengesuch der Schulgemeinde Nimtsch zum Bau einer Simultanschule ein Gnadengeschenk von 6000 Mark bewilligt.

Rogowo, 6 März. [Ein neuer Rinaldo.] Seit zwei Wochen ist unsere Umgegend in größter Aufregung. Man erzählt von einer 15 Mann starken Räuberbande, deren Oberhaupt den Namen Spochocz führen soll. Es sollen in den Wäldern von Gnesen und Tremessen zu wiederholten Malen Reisende angefallen, auch in den Dörfern Einbrüche verübt worden sein. Ein Besitzer aus der gnesener Gegend erzählte hier kürzlich, daß eines Abends gegen 11 Uhr ein starker Mann in seine Wohnung gekommen, ihm den Revolver auf die Brust gesetzt und Geld gefordert habe. In demselben Augenblick seien seine Fornals auf den Hof gefahren und der fremde Mensch habe ihn darum eiligst verlassen. Nach der Beschreibung soll derselbe der Räuberhauptmann Spochocz gewesen sein.

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 8. März. Ueber einen eigenthümlichen Majestätsbeleidigungsprozeß berichtet die „N.-Z." wie folgt:

Die „Nat.-Ztg." war leider in den Nummern Nr. 304 und 305 vom 3. und 4. Juli d. J. das Opfer einer nichtswürdigen Büberei, indem einer der zur Aushilfe bei dem damaligen Schriftsetzerstrike in der Zeitungsdruckerei eingestellten fremden Setzer sich erfrechte, in zwei Notizen über die damalige Reise des Kaisers und über die amtlichen Ernennungen die ursprünglichen richtigen Ausdrücke in die gemeinsten Beleidigungen in Bezug auf den Kaiser zu verwandeln. Leider war es bei der damaligen Sturm- und Drangperiode in der Druckerei nicht möglich, die Fehler vor der Ausgabe der betreffenden Nummern zu entdecken, und die am andern Morgen sofort angestellten Recherchen führten die Spur der Thäterschaft auf den Schriftsetzer Rudolf Adolf Ferdinand Wolter zurück, einen jungen Menschen von 22 Jahren, der auch einige Tage nach dem gedachten Vorfalle aus der Zeitungsdruckerei entlassen wurde und nach Arnswalde ging, wo er vor etwa 14 Tagen auf Antrag der hiesigen Staatsanwaltschaft verhaftet wurde. Heute Mittag stand der ꝛc. Wolter vor der siebenten Kriminal-Deputation des Stadtgerichts unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. Die Anklage folgerte seine Schuld daraus, daß der Wolter am 3. Juli diejenige Korrekturspalte Nr. 15, auf welcher sich der betreffende Satz aus Nr. 304 befand, zu korrigiren hatte und daß, als noch am selben Abend in dem Bierlokale „Der Einsiedler" im Kreise der Kollegen der Druckfehler zur Sprache kam, Wolter ausrief: „Das ist ja mein Satz!" Ferner ist in der Voruntersuchung festgestellt worden, daß Wolter für die Nr. 305 die sogenannten Hofnachrichten lieferte und daß die erste Zeile dieses Satzes: „Se. Majestät der Kaiser haben allergnädigst geruht", die in niederträchtigster Weise entstellt wurde, nicht jeden Tag neu angefertigt, sondern immer in derselben Herstellung von einem Tage zum andern benutzt wird. — Der Angeklagte bestritt Anfangs die Anklage in erregtem Tone, aber die ernste Ermahnung des Vorsitzenden, Stadtgerichtsdirektors Reich, durch ein reumüthiges Eingeständniß sich der Milde des Gerichtshofes zu empfehlen, blieb nicht ohne sichtlichen Einfluß auf ihn. — Die Beweisaufnahme fiel in Bezug auf die Entstellung in Nr. 304 in allen Stücken zu Ungunsten des Angeklagten aus. Der Korrektor Saling vermochte selbstverständlich über die Person des Thäters keinerlei Auskunft zu geben, aber er erklärte den Richtern sehr ausführlich die Technik der Herstellung der Zeitung von dem Moment an, wo die Manuskripte im Schriftsatze vollendet und, auf sogenannte Fahnen abgezogen, zur Korrektur gelangen. Von jedem Satze werden zwei Fahnen abgezogen, die Korrektur- und die Ordnungsfahne, die jede für sich sorgfältig in laufender Reihenfolge nummerirt werden; die Ordnungsfahne verbleibt dem Metteur zur Richtschnur für die Zusammenstellung der Zeitung, die Korrekturfahne geht an den Korrektor, wird von diesem gelesen und korrigirt und kommt dann in die Druckerei zurück, wo sie an die Setzer der Reihe nach zur Ausmerzung der Fehler vertheilt wird. Diejenige Spalte nun, welche den fraglichen Satz in Nr. 304 trug, war mit Nr. 15 bezeichnet und dem Angeklagten zur Korrektur übergeben worden; in dem betreffenden Artikel war das fehlerhafte Wort „zurückgreift" und in der Zeitung stand nachher das abscheuliche Wort. Er erinnere sich des Vorfalls ganz genau, da er selber die Korrektur veranlaßt. Als am anderen Morgen die Recherchen nach dem Thäter angestellt wurden, fehlten auffälligerweise sowohl die Korrektur- wie die Ordnungsspalte Nr. 15. Den zweiten Fall anlangend, habe er dem Angeklagten persönlich die Anfangszeile der amtlichen Ernennungen in die Hand gegeben, nachdem er sich überzeugt, daß dieselbe die richtige Fassung hatte. Der Gehilfe des Korrektors, Student Havelburg, versicherte seinerseits mit Bestimmtheit, daß die Umstellung der Buchstaben in der Korrekturfahne noch nicht vorhanden war. Die Metteure Schmidt und Fromm deponirten dahin, daß Wolter in der Arbeit äußerst unzuverlässig und stets aufgelegt zu schlechten Späßen gewesen. Schmidt behauptete von vornherein, daß Wolter die Nichtswürdigkeit begangen, da keinem einzigen der anderen Setzer eine solche zuzutrauen sei, und als ihn darauf der Schriftsetzer Schimmelpfennig direkt der That bezichtigte, ohne eine Antwort zu erhalten, und als endlich gar alle Setzer auf die Ermittelung des Thäters drangen, nur Wolter still und theilnahmlos abseits stand, da war seine Schuld Allen klar. — Der zweite Fall blieb dagegen unaufgeklärt. Verdächtig war allerdings, daß von der Korrekturfahne des betr. Artikels in Nr. 305 ebenfalls die bezügliche Stelle fehlte; da aber die als Zeugen vernommenen Schriftsetzer einmüthig erklärten, die Verstellung zweier Buchstaben könne von den verschiedensten Ursachen veranlaßt, auch wohl ohne jede Absicht herbeigeführt worden sein, ein direkter Beweis gegen den Angeklagten aber nicht vorlag, ließ der Staatsanwalt Schütz in dieser Beziehung die Anklage fallen, beantragte aber in Betreff des ersten Punktes das Schuldig der Majestätsbeleidigung gegen Wolter und vier Monate Gefängniß, da absolut kein anderes Motiv für die That zu finden sei, als die rohe Lust an der Verunglimpfung einer höchststehenden Person. — Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Berathung diesem Antrage gemäß und lehnte den Antrag des Verurtheilten auf vorläufige Entlassung aus der Haft ab.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Die Wochenausweise** der deutschen Zettelbanken vom 28. Februar schließen mit folgenden summarischen Daten ab: Es betrug der gesammte Kassenbestand 745,220,000 Mk., oder der Vorwoche gegenüber mehr 3,472,000 Mk.; der Bestand an Wechseln in Höhe von 597,293,000 Mk. weist eine Abnahme nach von 10,587,000 Mk., während die Lombardforderungen bei einem Betrage von 89,289,000 Mk. eine Vermehrung um 5,077,000 Mk. und die umlaufenden Noten mit 903,264,000 Mk. eine solche von 14,465,000 Mk. erkennen lassen. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten in Höhe von 176,074,000 Mk. sind um 14,679,000 Mk. zurückgegangen, wie auch die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten mit 98,512,000 Mk. eine Verminderung um 752,000 Mk. zeigen.

** **Industrielle Verhältnisse am Rhein.** Auf der Hermannshütte des Hörder Berg- und Hüttenvereins ist der Betrieb jetzt so außerordentlich beschränkt, daß beispielsweise von 96 Puddelöfen nur noch 12 im Betriebe sind. Von den 8 Hochöfen des Hörder Eisenwerks sind nur noch drei im Betriebe. — Aus Saarbrücken, 4. März, wird berichtet: Die geringe Nachfrage nach Kohlen (hervorgerufen durch den schwachen Betrieb unserer Hüttenwerke und dem gelinden Winter) hat die hiesige Bergwerks-Direktion veranlaßt, eine große Zahl Bergleute an die Eisenbahn-Direktion zu überweisen, von welcher sie beim Bau der Fischbachthalbbahn verwendet werden.

** **Nürnberg**, 6. März. [Hopfenbericht.] Der kurze Winter von 1876/77 hat nur 4 Tage gedauert; seit vorgestern haben wir wieder Thauwetter und Regen, wobei indeß Eis in großen Massen zur Stadt kam. Es schien, als wären alle Fuhrwerke der Umgegend in Bewegung gesetzt, das von der Natur so spärlich gebotene Produkt vor seinem nahen Ende in zahlreiche Lagerungen zu bergen. Außerdem kommt seit zwei Wochen täglich ein Bahnzug, 27—30 Waggons stark, aus Kufstein mit schönem Eis für unsere Brauereien. In anderen Städten herrschte gleiche Rührigkeit; man hat sogar an verschiedenen Orten neue, sogenannte amerikanische Eishäuser rasch angelegt, um möglichst unterzubringen, was eben noch zu retten ist. Der Markt verkehrt bei stetiger Bedarfsfrage in ruhiger Haltung; die Lager werden täglich gemustert und Kleinigkeiten ausgewählt, wobei Käufer über Mangel an guten Sorten und erhöhte Forderungen klagen. Aus diesem Grunde sind in letzter Zeit 1875er wieder beliebter geworden. Im gestrigen Geschäft sind gute Württemberger zu 430—440 M., Lothringer zu 250—310 M., Hallertauer je nach Qualität und Beschaffenheit zu 400, 450, 480 bis 500 M., 75er zu 115—130 M., letztere in guter Verpackung bis 150 und 160 M. gehandelt worden; der Umsatz betrug 70 Ballen. (A. H. Z.)

** **Industrielle Verhältnisse in Belgien.** Man schreibt aus Lüttich vom 4. März. Wie in fast allen industriellen Ländern, haben auch hier dieselben Klagen, ohne irgend einen Lichtblick zu einer Besserung entdecken zu können. Die Kohlenzechen und Hochöfen leiden gleichzeitig, und die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter vermehrt sich mehr und mehr. Andererseits kauft Jeder nur, wie man zu sagen pflegt, von der Hand in den Mund; dabei sind die Vorräthe in den Magazinen beigeräumt und die Spekulation, durch ihre seitherigen bitteren Erfahrungen entmuthigt, glaubt immer noch nichts wagen zu dürfen.

** **Paris** Donnerstag, 8. März, Nachm. Bankausweis.

Zunahme.

Gesammt-Vorschüsse	412,000 Fr.
Laufende Rechnungen der Privaten	27,727,000

Abnahme.

Baarvorrath	3,116,000 Fr.
Portefeuille der Hauptbank und der Filialen	17,212,000
Notenumlauf	54,337,000
Guthaben des Staatsschatzes	334,000

** **London** Donnerstag 8. März. Abends. Bankausweis.

Totalreserve	14,086,465	Abnahme	618,357	Pfd. Sterl.
Notenumlauf	27,347,790	Zunahme	131,185	"
Baarvorrath	26,434,255	Abnahme	487,172	"
Portefeuille	19,049,118	Abnahme	22,184	"
Guth. der Priv.	22,235,162	Abnahme	1,804,247	"
do. des Staats	8,295,675	Zunahme	1,080,382	"
Notenreserve	13,162,500	Abnahme	631,185	"
Regierungssicherheiten	15,988,176	Abnahme	38,000	"

Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven: $45\frac{11}{16}$ pCt. Clearinghouse-Umsatz 106 Mill., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Zunahme 13 Mill.

Vermischtes.

* **Ein automatischer Schachspieler** erregt gegenwärtig in Castan's Panoptikum zu Berlin Aufsehen. Die „Trib." schreibt über ihn: Ajeeb, der automatische Schachspieler, hat am Dienstag Abend zum ersten Male sein Haupt nur einmal verneigt, das heißt, die Partie blieb unentschieden, es war „remis", wie sich der deutsche Schachspieler auszudrücken pflegt. Es war eine höchst interessante Partie, welche die größtentheils aus Schachkünstlern bestehenden Zuschauer mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgten. Kurz zuvor hatte der stets ruhig lächelnde Türke zwei gewiegte Spieler mit Leichtigkeit besiegt. In drei Minuten etwa war jede der beiden Partien zu Gunsten des Automaten entschieden. Als Dritter hatte sich ein bekannter Schachkönig gemeldet, der bisher auf vielen Schachkongressen Sieger geblieben ist. Die Partie begann genau 6⅓ Uhr. Der Türke hatte, wie immer, den ersten Zug. Mit sicherer Hand schickte er den ersten Bauer in das Feld. Der Gegner folgte sofort, und bald begann ein heißer Kampf. Zug um Zug wechselte in schneller Aufeinanderfolge, wie es die hier besonders angekündigte Spielregel verlangt. Eine Figur nach der anderen wurde aus dem Felde geschlagen und wanderte in den bereit stehenden Kasten zu den Todten. Einen Augenblick schien der Automat seine sonstige Sicherheit zu verlieren; er mußte mehrfach überlegen; die schon ausgestreckte Hand zögerte wiederholt, die angedeutete Figur zu ergreifen, — doch die einmal angefaßte muß gezogen werden, auch dies ist hier in der Spielregel vorgeschrieben. Jetzt neigte er sich zweimal: „Schach bedeutet das", hörte man rings im Kreise der gespannt Lauschenden murmeln. „Bald wird er sich bald dreimal verneigen, um „matt" anzudeuten," wollte man weiter sagen. Aber der unheimliche Spieler, der es versteht, in verborgener Weise seinen in vollendeter Ruhe mit gekreuzten Beinen auf dem Tische sitzenden Türken in Bewegung zu setzen, hatte seinen Gegner gefunden. Nur durch Rauben, „Abtauschen", wie der Schachspieler nennt, konnte er es so weit bringen, daß er in einem Spiel von 15 Minuten in die seltene Lage versetzt wurde, sein Haupt nur einmal zu neigen. „Remis," hörte man sagen. Das Spiel blieb unentschieden. Jedem der beiden Gegner war der König, ein Läufer und ein Bauer verblieben. Obgleich das Versteck des geheimnißvollen Spielers uns nicht so unerklärlich erscheint, wie es vielfach ausgesprochen wird, und er manchen Vortheil auf seiner Seite hat, so muß doch zugegeben werden, daß dieser ein Schachspieler ersten Ranges ist, und schon aus dem Grunde alle Bewunderung verdient. Ein Vortheil für ihn liegt darin, daß der Automat stets den ersten Zug hat. Dann aber zwingt er, abgesehen von der Spielregel, welche dies ausdrücklich verlangt, — durch sein außergewöhnlich schnelles Ziehen den Gegner stets zu einem hastigen Gegenzug, der jede weitere Ueberlegung ausschließt. Man hat Gelegenheit genug zu beobachten, wie zwei mit gestütztem Haupt gegenübersitzende Schachspieler gewöhnlich minutenlang überlegen, ehe der neue Zug geschieht. Rechnet man dazu noch die ungewohnte Umgebung und vor Allem den immerhin geheimnißvoll erscheinenden Gegenspieler, so gelangt man nach alledem zu dem Schluß, daß derjenige nicht nur ein äußerst geübter Schachspieler sein, sondern auch eine außergewöhnliche Ruhe besitzen muß, dem es gelingt, dem höhnisch und ruhig lächelnden Türken eine Partie abzunehmen. Schließlich möchten wir nicht unerwähnt lassen, mit wie großer Kunstfertigkeit der Automat von jedem beliebigen Felde aus einen Rösselsprung nach und nach über das ganze Schachbrett in der Weise ausführt, daß er, eine Schachfigur in der Hand haltend, ohne Zögern in Springerform fortlaufend die Felder bezeichnet, so daß es einem Gehülfen kaum möglich wird, der Vorzeichnung zu folgen, um nach und nach sämmtliche Felder mit weißen Steinchen zu belegen.

* **Beleuchtung der Eisenbahnwagen mit Gas.** Wer bedenkt, wie langweilig es für einen Reisenden ist, an den langen Winterabenden in den Koupees unserer Eisenbahnen bei trübem Oellicht zu sitzen und sich nicht einmal den Genuß einer Zeitung gönnen zu können, der wird gewiß mit Freuden hören, daß die Bergisch-Märkische Bahn nunmehr in kurzer Zeit Gasbeleuchtung in den Koupees einführen wird. Die erste der zum Zweck der Koupeebeleuchtung anzulegenden Gasanstalten ist nunmehr in Betrieb gesetzt und zwar in M.-Gladbach. Von dort (sowie von den andern zwei noch nicht vollendeten Gasanstalten) wird nun, sobald die Einrichtung durchgeführt ist, Gas in großen, 5⅓ Meter langen und 1½ Meter im Durchmesser haltenden Recipienten auf die Stationen gebracht, an denen die Züge mit Gas zu versehen sind. Die Recipienten ruhen auf besonders dazu konstruirten Waggons, und zwar kann jeder Waggon zwei derartige Recipienten tragen. Aus diesen großen Recipienten füllt man dann auf den betr. Stationen das Gas in die kleinen, unter den Personenwagen befindlichen Recipienten, welche unter einem Druck von 6 Atmosphären je 5 Flammen speisen. In kurzer Zeit wird auch die Gasanstalt in Hagen fertiggestellt sein.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Für Kapitalisten und Rentiers, welche ihr Vermögen vortheilhaft und doch unzweifelhaft sicher anzulegen wünschen, ist im Verlag der Allgemeinen Börsenzeitung von deren Chefredakteur Herrn J. Hollander unter dem Titel „Deutschland's Pfandbriefe und Pfandbrief-Institute" ein Werk erschienen, welches als Anleitung zur selbstständigen Beurtheilung bezüglich des Werthes und der Sicherheit der verschiedenen kursirenden Pfandbriefe bestens zu empfehlen ist. In diesem Buche wird nicht nur das Wesen der Pfandbriefe im Allgemeinen besprochen, sondern werden auch die Verhältnisse sämmtlicher in Deutschland existirenden Hypotheken-Institute in ausführlicher, theilweise sehr scharfer, Weise kritisirt und beleuchtet, so daß es selbst für den Laien auf diesem Gebiet nicht schwer wird, abzuwägen, welche Pfandbriefe unzweifelhaft sicher sind und welche zu Bedenken Veranlassung geben. Trotz der Vollständigkeit dieses Werkes ist die Abfassung der einzelnen Artikel eine möglichst kurze und leicht verständliche. Dasselbe enthält 224 Seiten groß Oktav und kostet nur 3 Mark, wofür das Buch sowohl durch jede Buchhandlung, wie auch direkt von der Expedition der Allgemeinen Börsenzeitung in Berlin S.-W., Leipziger-Straße 50, zu beziehen ist.

Die am 2. d. M. erschienene Nummer 9. der von Dr. Guido Weiß herausgegebenen Wochenschrift: die „Wage" enthält: „Anarchische Bestrebungen." — Eine Vertheidigungsrede. — Die Nihilisten. (Schluß.) — Neue Bücher.

* Schwabe's Universal-Taschenbuch für Handel und Gewerbe. Bearbeitet und zusammengestellt von Wilmans nebst dem neuesten und detaillirten Plan von Berlin und nächster Umgebung. Dauerhaft in Ganzleinen gebunden, Preis 75 Pf., mit Notizkalendarium 1 M. 25 Pf. Berlin, Verlag von Carl Chun. — Das uns vorliegende Universal-Taschenbuch verdient seinen Namen mit Recht. Dasselbe hat neben seiner Billigkeit den Vorzug, daß es nicht für ein bestimmtes Jahr berechnet ist, sondern durch Beigabe eines 5jährigen Kalenders (1877—1881) nebst Erklärungstafel resp. durch Weglassung einer näheren Bezeichnung der Tage im Notizkalendarium, fünf Jahre Verwendung finden kann, ohne zu veralten. Für das Jahr 1877 indeß sind die wichtigsten Messen, Woll-, Jahr-, Kram-, Vieh-, Flachs- ꝛc. Märkte, alle christlichen und jüdischen Feiertage, die Buß- und Bettage im ganzen Reich beigegeben. Hauptsächlich empfehlenswerth wird das Buch durch die in demselben enthaltenen praktischen Tabellen, welche sowohl die ausführlichste Auskunft in Bezug auf Münz, Maß und Gewicht verschiedener Länder und Staaten geben, als auch durch Reduktonstabellen der Münzen, Wegemaße ꝛc. Zinsen- und Interessen-, Lotterie-Gewinn-Berechnungen, Thermometerskalen ꝛc. das Wissenswerthe und Nothwendige bringen.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag, d. 11. März, Vorm. 8 Uhr: Abendmahl. 10 Uhr: Hr. Superintendent Klette. — 2 Uhr Nachmittags: Herr Pastor Zehn.
Freitag, den 16. März, Abends 6 Uhr: Fünfter Passionsgottesdienst: Herr Pastor Zehn.

St. Paulikirche. Sonntag den 11. März, Vorm. 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Consist-Rath Reichard. — 10 Uhr, Predigt: Herr Pastor Schlecht. 12 Uhr, Sonntagsschule. — Abends 6 Uhr, Hr. Konsistorialrath Reichard.
Freitag, den 16. März, Abends 6 Uhr: Passions-Gottesdienst, Herr Pastor Schlecht.

Petrikirche. Sonntag, den 11. März. Früh 10 Uhr: Hr. Konsistorialrath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Diakonus Witting.
Mittwoch, d. 14. März, Abends 6 Uhr: Fünfte Passionspredigt, Herr Diakonus Witting.

Garnisonkirche. Sonntag, den 11. März, Vormitt. 10 Uhr: Predigt: Herr Konsistorial-Rath Militär-Oberpfarrer Haendler (Abendmahl.) — (¼12 Uhr: Sonntagsschule.) — Abends 5 Uhr: Passions-Gottesdienst in der Sakristei: Herr Konsistorial-Rath Militär-Ober-Pfarrer Händler.

Ev.-luth. Gemeinde. Sonntag, den 11. März, Vormittags 9½ Uhr: Herr Superintendent Kleinwächter. — Nachmittags 3 Uhr, Missionsstunde: Derselbe.
Mittwoch, den 14. März, Abends 7 Uhr, Passionspredigt: Herr Superintendent Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannter Kirchen sind in der Zeit vom 3. bis 10. März:
getauft: 14 männl., 12 weibl. Pers
gestorb: 6 männl., 2 weibl. Pers.
getraut: 2 Paar.

Im Tempel der isr. Brüder-Gemeinde. Sonnabend, den 10. März, Vormittags 9¾ Uhr: Gottesdienst und Predigt.

Familien-Nachrichten.

Durch die Geburt eines munteren Knaben wurden hoch erfreut.
Samter, den 8. März 1877.
Louis Cohn und Frau,
geb. **Kämpfer.**

Gestern Mittag wurde meine liebe Frau von einem gesunden und kräftigen Mädchen glücklich entbunden.
Bahnhof Falkstätt, den 8. März 1877.
F. Grassmann.

Gestern Nachmittag entschlief sanft nach längeren schweren Leiden der Kaiserliche Postdirektor
Leo Julius Lucks
im 56. Lebensjahre. Dieses zeigen tiefbetrübt an
Insterburg, den 8. März 1877.
Die Hinterbliebenen.

Hiermit erkläre ich, daß ich Niemandem einen mit meinem Giro oder mit meinem Akzept versehenen Wechsel gegeben habe und daß diejenige Person, welche ihn in Cours setzen will, meine Unterschrift gefälscht haben muß. Ich warne also Jeden, einen ähnlichen Wechsel anzunehmen.
Witold v. Łubieński,
Dolnik bei Krojanke, West-Pr.

Dem Br. F. **ein Hoch!**
P. 10./3. 77.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.